



# GRUNDSATZPROGRAMM

APRIL 2013



# UNSERE GRUNDEINSTELLUNG

---

Für uns ist es eine Ehre, unserem Land zu dienen!

---

Wir sind eine weltoffene, heimatverbundene, sozialökonomische, politische Bewegung. Wir stehen für Wahrheit, Transparenz und Fairness.

---

Wir wollen die Demokratie stärken, wir planen eine schuldenfreie Zukunft, wir bauen auf Wirtschaftswachstum. Ein vereinfachtes, leistungsgerechtes Steuersystem und eine angemessene, effiziente Verwaltung sind unsere Bausteine für einen modernen Staat.

---

Wir wollen Arbeitsplätze in Österreich erhalten und Rahmenbedingungen für neue, qualifizierte Arbeitsplätze schaffen, um damit den Wohlstand auch für künftige Generationen zu sichern.

---

Wir wollen Österreich in einem wirtschaftlich gesunden und demokratischen Europa souveräner Staaten gut und sicher positionieren.

---

Wir verpflichten uns zu einem Ehrenkodex, aufgebaut auf den Werten Wahrheit, Transparenz und Fairness. Wir akzeptieren nur politisch Verantwortliche in unseren Reihen, die unsere Werte und Prinzipien teilen.



# EHRENKODEX

---

Ein Land braucht Werte, die die Gesellschaft zusammenhalten und die stärker sind als einzelne Personen.

---

Die Regierung ist das Management-Team eines Landes. Unglücklicherweise besteht dieses Management-Team aus Politikern. Das Mandat eines Politikers ist, gewählt oder wieder gewählt zu werden. Daher wird das Land von politischen anstatt von sozialökonomischen Grundüberlegungen geführt. Wir brauchen ein Umdenken. Je länger Politiker im Amt sind, desto anfälliger werden sie für Freunderlwirtschaft und Korruption. Wir wollen keine Berufspolitiker. Wir wollen Menschen mit Hausverstand in der Politik, die ihrem Land für eine oder maximal zwei Amtsperioden dienen. Außerdem wollen wir die demokratischen Strukturen durch unabhängige Bürgervertreter im Parlament verbessern. Sie sollen eine Balance zu den parteipolitischen Abgeordneten herstellen.

---

Es ist eine Ehre, seinem Land zu dienen.

---

Das Team Stronach steht für Wahrheit, Transparenz und Fairness. Diese Werte und unsere Grundhaltung sind ausführlich in unserem Parteiprogramm beschrieben. Unser Ziel ist, Arbeitsplätze in Österreich zu erhalten, neue zu schaffen und den Wohlstand der Bürger zu sichern.

---

Wir verpflichten uns zu einem Ehrenkodex und akzeptieren nur Abgeordnete, die unseren Ehrenkodex einhalten und aktiv leben. Unsere Werte sind klar definiert und deren Einhaltung messbar.



---

**Wir wollen Strukturen schaffen, durch die wir:**

- **Einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, keine weiteren Schulden für unser Land machen und Schulden abbauen, um damit unseren Kindern unzählige Milliarden an Zinszahlungen zu ersparen**
- **Die Verwaltung vereinfachen und die Kosten auf zivilisierte Art und Weise abbauen**
- **Die demokratischen Strukturen verbessern (Maximum von zwei Legislaturperioden für Abgeordnete, direkte Wahl von unabhängigen Bürgervertretern als Gegengewicht für die Abgeordneten der Partei-Mandatare, Reduktion der politischen Mandatare auf allen politischen Ebenen)**
- **Steuergesetze vereinfachen (Fair Tax), Schlupflöcher schließen und Privilegien abbauen, Steueranreize für privatwirtschaftliche Unternehmen schaffen, ihre Mitarbeiter am Gewinn zu beteiligen**
- **Die Souveränität Österreichs wiederherstellen. Weniger Zentralismus und Bürokratie, mehr Wettbewerb, Unternehmertum und Eigenverantwortung, eigene Gesetzgebung und eine stabile Währung**

---

**Unsere Mitglieder bekennen sich zu unseren Werten und Prinzipien. Jeder, der sich an unsere Werte hält, hat Platz in unserer Bewegung für ein besseres Österreich.**

**Frank Stronach**



---

## **01 Wer wir sind!**

Vorwort	7
Unsere zentralen Werte	8
Wahrheit	9
Transparenz	10
Fairness	11
Wir treten an, um Österreich nachhaltig zu verändern	12
Wir geben ein Bekenntnis für die Wirtschaft ab!	12
Leitlinien für unser Grundsatzprogramm	13

---

## **02 Unsere Themen**

1	Schuldenfreie Zukunft	16
2	Verwaltungsreform	18
3	Demokratiereform	20
4	Steuerreform	22
	Persönliches Einkommen	22
	Unternehmer	23
5	Arbeitnehmer	25
6	Justiz und Kontrolle	26
7	Europa und Euro	27
8	Banken	30
9	Bildung	32
10	Jugend	35
11	Kultur	37
12	Werte	38
13	Sport	39
14	Gesundheit	41
15	Pensionen	44
16	Soziales und Wohnen	45
17	Familie und Gesellschaft	47
18	Frauen	48
19	Zuwanderung und Asyl	49
20	Umwelt	50
21	Tierschutz	51
22	Sicherheit	52
23	Dienst für die Gesellschaft und Landesverteidigung	53
24	Landwirtschaft	55
25	Ländlicher Raum	57
26	Verkehr und Infrastruktur	58
27	Medien	60
28	Management von „Allgemeingütern“	62



# 01

# WER WIR SIND!



# VORWORT

Wir dienen Österreich, indem wir es auf einen guten Weg bringen! Wir wollen die Herausforderungen der Zeit mutig angehen. Wir verpflichten uns zum Einsatz für ein besseres Österreich. Unsere politische Bewegung wird das erstarrte österreichische Parteiensystem reformieren. Österreich braucht wieder Menschen in der Politik, die bereit sind, sich gemeinsam für notwendige Veränderungen einzusetzen - aus Liebe zur Heimat! Im Team Stronach ist willkommen, wer sich mit ganzem Herzen in den Dienst der Sache stellt. Wir wollen Menschen in der Politik, die nach wirtschaftlichen, demokratischen und sozialökonomischen Grundsätzen handeln. Unterstützung holen wir uns von einem unabhängigen Weisenrat von Experten, der uns mit seinem Wissen beratend zur Seite steht. So können wir den Wohlstand auch für die nachfolgenden Generationen sichern. Wir laden alle ein, gemeinsam mit uns an einem besseren Österreich zu arbeiten.

**WIR MACHEN POLITIK  
MIT HERZ UND HAUSVERSTAND.**



# UNSERE ZENTRALEN WERTE

---

# WAHRHEIT

---

# TRANSPARENZ

---

# FAIRNESS



# WAHRHEIT

**Die Bürger müssen Daten und Fakten unverfälscht zur Meinungsbildung erhalten.**

Wahrheit in der Politik heißt: Die Daten und Fakten müssen den Bürgern unverfälscht weitergegeben werden, damit die Bürger ihre Meinung bilden können. Nur wer die Wahrheit kennt, hat die Chance, gute und richtige Entscheidungen zu treffen.

Das Problem bei den meisten Politikern ist, dass sie den Bürgern nicht die Wahrheit sagen. Bewusst präsentieren sie den Bürgern Unwahrheiten als Fakten, um gewählt oder wiedergewählt zu werden. Die Politik muss ehrlich zu den Bürgern sein.

Wir haben den Mut, die Wahrheit zu sagen. Wir sind davon überzeugt, dass den Menschen die Wahrheit zumutbar ist. Eine Wahl ohne ausreichende Informationen über die Folgen politischer Entscheidungen ist keine gute Wahl und deshalb zutiefst undemokratisch. Ohne die Wahrheit zu kennen, kann die Demokratie nicht funktionieren. Eine Wahl, bei der den Bürgern die Konsequenzen ihrer Entscheidungen verschwiegen werden, ist bestenfalls scheindemokratisch.

**Die Wahrheit ist das zentrale Leitmotiv unseres Handelns.**



# TRANSPARENZ

## **Die Bürger müssen volle Einsicht in politische Vorgänge haben.**

Alle Vorgänge in den Gesetzgebungsorganen, Ausschüssen und politischen Gremien müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Wenn solche Vorgänge nicht öffentlich zugänglich stattfinden, sind Treffen von politischen Amtsträgern aufzuzeichnen und elektronisch auf einer zu schaffenden Bürger-Homepage live auszustrahlen und wiederzugeben. Die Bürger müssen die politische Entscheidungsfindung nachvollziehen können.

Nur mit ausreichender Transparenz kann der Bürger die wahren Interessen der Parteien erkennen. Die Bürger haben daher auch das Recht, über die Verflechtungen der Parteien in verschiedenen Organisationen, Unternehmen, Großbanken, Kammern und Bünden aufgeklärt zu werden.

Wir wollen absolute Transparenz für alle Bereiche, die mit der Politik verbunden sind. Nur mit Transparenz können fragwürdige Einflussnahmen schnell erkannt und abgestellt werden. Nur durch Transparenz kann man Korruption verhindern. Transparenz schafft Vertrauen. Wenn der Bürger wieder Vertrauen in die Politik haben kann, wird er auch bereit sein, seinen Beitrag zum Wohle des Landes zu leisten.

## **Wir fordern Transparenz in der Politik!**



# FAIRNESS

**Bei Fairness handelt es sich um einen Gerechtigkeitssinn einer Gesellschaft.**

Wir stehen für Fairness und wissen, dass die derzeitige Politik gegenüber den Österreichern unfair ist.

Es ist unfair, dass so große Schuldenberge angehäuft werden, die unsere Kinder und Enkelkinder so belasten, dass selbst sie die Schulden kaum zurückbezahlen können. Der Wohlstand der nächsten Generationen wird schon jetzt verspielt.

Es ist unfair, dass nicht nur auf Kosten unserer Bürger in verantwortungsloser Weise Schulden gemacht werden, sondern es werden sogar Länder mit disziplinloser Haushaltsführung auf Kosten unserer Bürger dauerhaft finanziert und Haftungen für diese übernommen. Um die Schulden der anderen finanzieren zu können, müssen wir uns selbst weiter verschulden. Während sich die österreichischen Bürger bemühen, mit ihrem erarbeiteten Einkommen den Lebensunterhalt zu bestreiten, wird das Volksvermögen für Großbanken und Pleiteländer - ohne das Volk vorher zu befragen - verschleudert.

Auch dass Gewinne von wenigen Großbanken abgeschöpft werden, Verluste aber die Steuerzahler zu tragen haben, widerspricht der Idee von Fairness und Gerechtigkeit.

Auch unser aktuelles Steuersystem widerspricht dem Sinn für Fairness, denn es gibt unzählige Schlupflöcher und Privilegien.

Für uns bedeutet Fairness auch, dass jeder in unserer Gesellschaft einen Beitrag im Rahmen seiner Möglichkeiten leisten soll. Fairness heißt auch, unverschuldet in Not Geratenen zu helfen und etwas für eine bessere Gesellschaft beizutragen. Wir wollen Menschen, die sich aus irgendeinem Grund nicht selbst helfen können, bestmöglich unterstützen.

**Fairness ist für uns die Basis politischer Entscheidungen und steht im Zentrum unseres Handelns!**



---

## **WIR TRETEN AN, UM ÖSTERREICH NACHHALTIG ZU VERÄNDERN**

---

Seit dem Staatsvertrag von 1955 haben sich zwei traditionelle, ehemals große Parteien das Land untereinander aufgeteilt. In fast allen Bereichen hat die Parteipolitik ihre Finger mit im Spiel. Es herrscht Proporz! Niemand kann sich dem entziehen. Der Proporz muss abgeschafft werden. Alle gesellschaftlichen Ebenen sind von der politischen Aufteilung der Republik betroffen, und das ist nicht gut für die Bürger. Es gibt so gut wie keinen Wettbewerb um die aussichtsreichsten Ideen und die besten Köpfe. Politik wird von Interessensgruppen dominiert und zur Machterhaltung missbraucht. Großbanken, Kammern, Bünde, Verbände, Gewerkschaften sowie staatliche und staatsnahe Betriebe sind ein Teil dieses Machterhaltungssystems.

Viele dieser Gruppen profitieren von einem undurchsichtigen Subventionssystem, das wiederum nur sie selbst kontrollieren. Es gibt keine unabhängige Instanz zur Eindämmung dieser Freunderlwirtschaft. Staatsnahe Positionen (in Banken, ÖBB, Verbund, Flughafen etc.) werden zumeist an Günstlinge vergeben, womit Steuergeld für Bonuszahlungen an politische Funktionäre eingesetzt wird.

Die Politik hat ihre ureigene Rolle aufgegeben, nämlich für das Wohl des Landes und seiner Menschen zu wirken. Es geht den Alt-Parteien vorwiegend um Machterhalt, Einfluss und Wählerstimmen. Leider steht für immer mehr Politiker der Eigennutz im Vordergrund. Idealismus und Einsatz für Österreich sind in den Hintergrund gedrängt.

Die meisten Politiker haben keine Wirtschaftskompetenz. Sie haben weder das Wissen, noch die Erfahrung, wie man ordentlich wirtschaftet. Stattdessen häufen sie Berge von Schulden an, um sich Wählerstimmen zu kaufen. Wenn sie erkennen, dass sich das Budget nie und nimmer ausgeben kann, wird noch spekuliert, mit der vermeintlichen Hoffnung, wie im

Casino Geld zurück zu gewinnen. Der Schaden wird dadurch weiter vergrößert. Das kann so nicht weitergehen.

Wir stehen für Wirtschaftskompetenz und wissen, wie man verantwortungsbewusst mit Geld umgeht.

---

## **WIR GEBEN EIN BEKENNTNIS FÜR DIE WIRTSCHAFT AB!**

---

Unser Programm entspricht sozialökonomischen Grundsätzen. Sie sind die Grundlage für unser Handeln. Unser wirtschaftliches Credo lautet - Wohlstand schaffen statt Wohlstand umverteilen und verwässern! Wir wollen dabei jene Menschen unterstützen, die sich aus irgendeinem Grund selbst nicht helfen können, aber man muss verstehen: Man muss erst etwas schaffen, bevor man etwas verteilen kann.

Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt ein marktwirtschaftliches System mit Wettbewerb und freiem Unternehmertum. Der Staat und seine Organe haben für ein unternehmerfreundliches Klima zu sorgen, das schon bei der Gründung von Unternehmen beginnt und bei der Beseitigung von unzeitgemäßen Wettbewerbshemmnissen noch lange nicht endet. Nur dann kann es gelingen, möglichst viele junge und motivierte Menschen davon zu überzeugen, dass es für sie und unsere Gesellschaft von größtem Nutzen ist, frei und eigenverantwortlich selbstständig zu werden.

Mit den richtigen Strukturen können sich Unternehmen bei fairem Wettbewerb und Konkurrenz erfolgreich entfalten und vielen Menschen im Land Arbeit geben.

### **Nur gesunde Unternehmen können auf Dauer Wohlstand schaffen!**



---

## LEITLINIEN FÜR UNSER GRUNDSATZPROGRAMM

---

### ÖSTERREICH ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

- Wir stehen für Wahrheit, Transparenz und Fairness.
- Wir wollen Arbeitsplätze in Österreich erhalten und neue ermöglichen.
- Wir wollen den Wohlstand auch für künftige Generationen erhalten und ausbauen.
- Wir wissen, eine gesunde Wirtschaft ist die stabile Basis für das Wohlergehen unserer Gesellschaft.
- Wir wollen die Steuerzahler entlasten.
- Wir wollen die Vereinfachung des Steuersystems und eine Fair Tax.
- Wir treten für einen Steueranreiz ein, der die faire Beteiligung der Mitarbeiter am Gewinn ihres Unternehmens attraktiv macht.
- Wir stehen für einen ausgeglichenen Haushalt und einen langfristigen Schuldenabbau.
- Wir verpflichten unsere politischen Vertreter, ausschließlich einem ausgeglichenen Staatshaushalt zuzustimmen.
- Wir wollen nur so viel Verwaltung wie unbedingt nötig.
- Wir wissen, eine schlanke und effiziente Verwaltung trägt zum Wohlstand aller bei.
- Wir bekennen uns dazu, dass die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit und Wohlstand in Österreich leistet, insbesondere liegen uns bäuerliche Familienbetriebe am Herzen.
- Wir anerkennen, die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft.
- Wir wollen Frauen fördern.
- Wir treten dafür ein, die Würde jedes Menschen unabhängig von seinem sozialen Status zu bewahren.
- Wir wollen die Armut bekämpfen und jenen helfen, die es wirklich brauchen; gleichzeitig verlangen wir von jedem die Bereitschaft, nach seinen Möglichkeiten zum Gemeinwohl beizutragen.
- Wir stehen für ein treffsicheres und transparentes Sozialsystem.
- Wir wollen die demokratischen Strukturen verbessern und mehr direkte Demokratie ermöglichen.
- Wir wollen eine effiziente Landesverteidigung mit Spezialausbildung für Katastropheneinsätze verwirklichen.
- Wir arbeiten für ein gutes Bildungssystem, das den Kindern Chancen gibt und Begabungen optimal fördert.
- Wir wollen autonome Schulen höchster Qualität.
- Wir streben eine Reform des Gesundheitswesens an, welche den Bürgern eine bessere Versorgung bei geringeren Kosten anbietet.
- Wir sind davon überzeugt, dass unser Pensionssystem nur durch die Einführung eines Pensionskontos für die folgenden Generationen gesichert werden kann.



- Wir wollen sowohl auf Arbeitgeber- als auch auf Arbeitnehmerseite Anreize schaffen, die es interessierten Pensionisten ermöglicht, so lange sie wollen und können, im Erwerbsleben zu stehen.
- Wir wollen eine geregelte Zuwanderung qualifizierter Menschen nach volkswirtschaftlichen Erfordernissen.
- Wir wollen unsere Umwelt schützen und gesundes Trinkwasser sichern.
- Wir wollen den Erwerb von selbstgenutzten Immobilien fördern.
- Wir wollen die Allgemeingüter in die Hand der Steuerzahler geben. Staatsanteile sollen in Bürgergesellschaften umgewandelt werden. Dadurch können wir den parteipolitischen Postenschacher abschaffen.

## **ÖSTERREICHS BEITRAG ZU EINEM STARKEN EUROPA**

- Wir stehen für Recht und Freiheit.
- Wir stehen für ein starkes Europa selbstbestimmter Staaten, um dauerhaften Frieden in Europa zu erhalten.
- Wir streben eine starke Währung an, um unsere Zukunft wieder in die eigenen Hände nehmen zu können. Nur eine starke Währung sichert auf Dauer unsere Wettbewerbsfähigkeit.
- Wir wissen, der liberale Rechtsstaat ist der beste Schutz für die Freiheit des Einzelnen.
- Wir stehen für den Bestand Europas als Rechtsgemeinschaft souveräner, demokratischer Staaten.
- Wir lehnen ein zentralistisches, planwirtschaftliches Europa ab, denn es bedroht die Freiheit und den Wohlstand.
- Wir wollen erreichen, dass Österreich nicht für die Schulden und Versäumnisse anderer Staaten zahlt oder haftet.
- Wir wollen den Wettbewerb in Europa zwischen den Staaten wieder herstellen, er ist der einzige Garant für Fortschritt und Wohlstand.
- Wir wollen die Finanzsouveränität aller Staaten Europas wieder gewinnen: Kein Staat darf für einen anderen in Haftung genommen werden.
- Wir stehen für eine Reform der Geldordnung und des Finanzsystems mit weniger planwirtschaftlichem Zentralismus, dafür mit mehr Wettbewerb, Demokratie und Souveränität.



# 02

# UNSERE THEMEN



## 1 SCHULDENFREIE ZUKUNFT

Stündlich verschuldet sich Österreich mit ungefähr einer Million Euro (Stand 2012)!

Österreich hat einen offiziellen Staatsschuldenberg von über 230 Milliarden Euro (Stand 2012). Dazu kommen noch ausgelagerte Schulden und schon beschlossene Belastungen künftiger Haushalte. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 40.000 Euro. Alleine der ständig steigende Zinsendienst macht jedes Jahr über 8 Milliarden Euro aus (Stand 2012). Die Regierung macht immer mehr Schulden und verspielt dadurch den Wohlstand der Bürger. Darüber hinaus fließt das geborgte Geld zu einem großen Teil in eine ineffiziente Verwaltung und Wahlzuckerln und nicht in Zukunftsinvestitionen.

Österreich braucht deshalb eine wirkungsvolle Schuldenbremse im Verfassungsrang, die mehr ist als eine lose Vereinbarung oder gar eine bloße Absichtserklärung. Diese muss kombiniert werden mit einer maximalen Staatsquote, schließlich soll der Haushalt nicht durch ständige Steuererhöhungen saniert werden.

Die Neuverschuldungsgrenze der EU von 3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) hat endgültig die Schleusen für eine wahre Schuldenflut geöffnet. Um die EU-Kriterien einzuhalten und möglichst gut dazustehen, wurden die Schulden einfach „ausgliedert“. Das heißt, dass Gesellschaften gegründet wurden, die nur einen Zweck haben: Mit einem Trick die Schulden aus der Bilanz herauszubekommen und zu vertuschen, wie es wirklich um die Finanzen der öffentlichen Hand bestellt ist. Die Republik, die Länder und sogar kleine Gemeinden haben so ihre Bücher schöngefärbt.

Deshalb stehen wir heute vor der Situation, dass niemand genau weiß, wie groß die Schulden in Österreich wirklich sind. Es gibt tausende dieser Gesellschaften, die alle eines gemeinsam haben: Sie sind tickende Zeitbomben in den Budgets. Dazu kommen noch unzählige Haftungen der öffentlichen Hand. Und wer haftet am

Ende? Der Steuerzahler. Damit muss Schluss sein. Alles muss öffentlich einsehbar und transparent gemacht werden. Die Politik muss zu den Schulden stehen, die sie gemacht hat und alle Schulden wieder in die Bücher nehmen. Das ist, was wir unter einer transparenten Politik verstehen: Immer, wenn es um das Geld der Bürger geht, muss alles offengelegt werden und transparent sein.

Mehr Schulden bedeuten mehr Steuern, weniger Einkommen und Wohlstandsverlust!

Niemand kann sich langfristig durch Schulden einen höheren Lebensstandard sichern. Der vermeintliche Vorteil wird zum Bumerang für die nächste Generation. Wir erwarten uns von jeder Regierung nicht mehr und nicht weniger, was auch von einem Bürger oder einem Unternehmen zu erwarten ist: Niemand kann langfristig mehr ausgeben als er einnimmt. Das ist verantwortungslos und grob fahrlässig, insbesondere gegenüber den nächsten Generationen. Passiert nicht bald etwas, wird die Zinslast immer höher, die politische Handlungsfähigkeit immer kleiner, die Wirtschaftslage immer schlechter und die Arbeitslosigkeit immer höher. Beginnt man hingegen damit, die Schulden abzubauen, dann steigt die private Nachfrage schon nach kurzer Zeit. Der Staatshaushalt kann die Ketten der Zinsenlast sprengen und seine Kräfte wieder auf wachstumsfördernde Investitionen richten.

Wir verpflichten unsere politischen Mandatäre daher, ausschließlich einem ausgeglichenen Staatshaushalt zuzustimmen!

Die Grundlage für einen ausgeglichenen Staatshaushalt ist, dass endlich eine einheitliche Staatsverrechnung eingeführt wird. In Österreich werden die Gelder der öffentlichen Hand in mehr als 5.000 verschiedenen Budgets verwaltet. Durch die vielen zergliederten Budgets entstehen so viele Zahlungsströme, dass ein Überblick kaum mehr möglich ist und eine zu große Anzahl von Politikern dabei mitmischen kann. Es ist höchste Zeit für ein einheitliches Budgetrecht, in dem die Zahl der Budgets drastisch reduziert und eine



Verrechnung eingeführt wird, die für alle Budgets gleich ist. So schafft man Transparenz und Vertrauen.

Dazu braucht es aber auch eine wirkungsvolle Kontrolle – der Rechnungshof sollte diese Kontrollfunktion eigentlich jetzt schon ausüben können. Tatsächlich wird er dabei aber von der Politik auf verschiedenste Art gehindert. Wir wollen, dass der Rechnungshof alle Mittel und Befugnisse bekommt, damit er seinem Auftrag, zu prüfen und zu beraten, auch nachkommen kann. Der Rechnungshof muss zu einem verlängerten Arm der Steuerzahler werden, der überall dort eingreifen kann, wo es notwendig ist. Aus diesem Grund befürworten wir die direkte Wahl des Rechnungshofvorstandes durch das Volk. Macht braucht Kontrolle, und Kontrolle muss unabhängig sein, insbesondere von politischer Einflussnahme.

Die meisten Politiker verstehen leider nur sehr wenig von der Wirtschaft. Um das zu erkennen, reicht der gesunde Hausverstand. Wenn der Wohlstand immer kleiner wird, die Schulden aber immer größer werden, dann läuft etwas falsch.

Wenn das Management einer Firma immer nur Verluste macht, würde es bald von den Aktionären entlassen werden, und es würde sich auch schwer eine Bank finden, die Kredit gibt. Im politischen Alltag funktioniert das aber genau umgekehrt. Je mehr Schulden die Politiker machen, umso fester sitzen sie scheinbar im Sattel. Und die Großbanken helfen ihnen dabei.

In der Geschichte haben die Großbanken immer schon lieber Kredite an Staaten vergeben, als an die Wirtschaft. Das hat einen einfachen Grund: Der Steuerzahler muss immer für die Schulden haften, die von den Politikern gemacht werden. Um die Menschen aber trotzdem weiter bei Laune zu halten, verteilen die Politiker kurz vor den Wahlen plötzlich sogenannte „Wahlzuckerl“. In Wahrheit kosten diese „Geschenke“ aber mehr als sie nutzen. Sie werden mit neuen Schulden finanziert, und am Ende sind es wieder die Bürger, wenn auch erst die nächsten Generationen, die die

Rechnung bezahlen müssen. Das ist ungerecht.

Man darf eines nicht vergessen: Die Regierung kann den Bürgern nur das geben, was sie ihnen vorher weggenommen hat. Man muss verstehen, dass die Politiker alles tun, um an der Macht zu bleiben. Schulden sind für sie der einfachste Weg, um das zu erreichen. Deshalb drücken sie sich davor, den Menschen eine unangenehme Wahrheit zu sagen: Schulden lösen keine Probleme, sie schaffen nur noch größere.

Wer zu viele Schulden hat, kann sich ausrechnen, wie schnell das Geld sogar für die grundlegendsten Bedürfnisse fehlen wird. Das ist bereits für einen einzelnen Menschen eine schreckliche Situation. Für einen Staat und seine Bürger ist es aber eine Katastrophe. Noch sind die Kühlschränke voll, aber wenn wir in unserer Schuldenpolitik nicht gegensteuern, wird sich das sehr schnell ändern.

Wir wollen daher einen Weg gehen, der aus dieser Schuldenfalle hinausführt. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass unser Geld wieder Österreich dient, und nicht verschiedenen Großbanken. Österreich muss vernünftig wirtschaften und ein ausgeglichenes Budget mit einem kleinen Überschuss erreichen, damit wir endlich damit beginnen können, die Schulden zurück zu bezahlen.

**Mit einer klugen Wirtschaftspolitik und ausgewogenem Sparen können wir den Schuldenberg gemeinsam Schritt für Schritt abbauen und unseren Wohlstand dauerhaft sichern.**



---

## 2

### VERWALTUNGSREFORM

---

Österreich leidet an einer aufgeblähten Verwaltung. Historisch gewachsene Verwaltungsstrukturen wurden nicht an moderne Erfordernisse angepasst.

Verwaltung erzeugt immer neuen Bedarf an noch mehr Verwaltung, es entsteht eine Art Selbstbeschäftigungskreislauf. In Österreich ist dies besonders ausgeprägt. Das ist aber nicht die Schuld der Staatsbediensteten, sondern die Schuld der Regierung. Wir haben zu viele Politiker. Diese machen zu viele und zu komplizierte Gesetze, die verwaltet werden müssen. Wir müssen die Anzahl der Mandatare auf allen Ebenen reduzieren, wir müssen unzeitgemäße, sinnlose und überflüssige Gesetze und Regeln außer Kraft setzen, die restlichen Gesetze und Regeln vereinfachen und die Verwaltungskosten auf eine zivilisierte Art und Weise abbauen!

In jeder Gesetzgebungsperiode werden von den gesetzgebenden Körperschaften auf rund 60.000 Seiten neue Gesetzestexte produziert. Es ist keine große Überraschung, dass diese Gesetze in der Praxis oft kaum anwendbar sind. Jedes kleinste Detail wird vorgeschrieben. Wir sind einfach überreguliert. Viel sinnvoller ist es, nur da einzugreifen, wo eine klare und verbindliche Regelung notwendig ist. Das würde viel Bürokratie ersparen und unsere Unternehmer wieder wettbewerbsfähiger machen. Die Bürger brauchen keine dauernde Bevormundung, sondern im Gegenteil mehr Freiheit und Möglichkeit zur Entfaltung.

Staatsbedienstete sind ein wichtiger Teil der Lösung, da sie mit ihrem Insiderwissen in der Lage sind, gemeinsam mit uns an neuen Konzepten zu arbeiten. Wir wollen eine schlanke und effiziente Verwaltung! Wir wollen nur so viel Verwaltung wie unbedingt nötig!

Der gigantische Verwaltungsapparat wird aber vor allem von den beiden Großparteien mit Zähnen und Klauen

verteidigt: Aus Bequemlichkeit und aus Angst. Und, weil sich dieser Verwaltungsapparat über die Jahre in Wahrheit zu einem Versorgungsapparat für die Mitglieder und Funktionäre der Großparteien entwickelt hat. Es ist für die großen Parteien angenehm, wenn sie zahlreiche gut bezahlte Posten vergeben können. So sichern sie ihre Macht und den Wert ihrer Parteibücher.

Ein Beispiel dafür: Neben der „echten“ Verfassung, die festlegt, welche Zuständigkeiten es gibt und welche Aufgaben der Staat, die Länder und Gemeinden übernehmen sollen, gibt es nämlich noch eine zweite Verfassung; die sogenannte „Realverfassung“. Sie zeigt ein deutlicheres Bild davon wie es in unserem Staat tatsächlich zugeht. Diese „Realverfassung“ wird von Bündeln, Kammern, politischen Parteien, den sogenannten „Sozialpartnern“ und anderen mächtigen Institutionen gesteuert. Die Pflichtmitgliedschaften bei Verbänden und Interessensvertretungen, wie bei der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer und der Landwirtschaftskammer sowie die Überverwaltung, kosten die Volkswirtschaft laut Einschätzung des Rechnungshofes jährlich mehr als 10 Milliarden Euro. Das Budget der Kammern geht mehr als zur Hälfte für ihre Selbstverwaltung auf. Profiteure sind somit in erster Linie die Politik und ihre Günstlinge. Wir wollen alle diese Zwänge abschaffen und den Bürgern ermöglichen, selbst zu bestimmen, wer sie vertreten soll. Wir sagen nicht, dass wir die Kammern abschaffen wollen, sondern die Zwangsmitgliedschaft. Wenn die angebotenen Dienstleistungen so gut sind, können die Arbeitnehmer, die Unternehmer und die Bauern selbst entscheiden, beizutreten.

Abgesehen von den unnötigen und viel zu hohen Verwaltungskosten verlangsamt die aufgeblasene Verwaltung viele wichtige Entscheidungen im Alltag. Nur mit klaren Kompetenzen kann man die besten Resultate erzielen.

Wir sind der Ansicht, dass alles, was auf kleinster Ebene erledigt werden kann, dort auch erledigt werden soll. Das



ist immer am effizientesten und am unkompliziertesten. Zudem stärkt das die Eigenverantwortung und das Interesse der Bürger. Je weiter weg Regeln beschlossen werden, ob in Wien oder gar in Brüssel, umso weniger interessiert sich die lokale Bevölkerung für die Vorgänge, weil oft eine Art Ohnmachtsgefühl entsteht. Verantwortung auf die nächsthöhere Ebene zu übertragen, macht nur dann Sinn, wenn die betreffende Aufgabe vor Ort oder durch gesellschaftliche Zusammenarbeit nicht mehr effektiv und effizient gelöst werden kann. Wir brauchen eine gute Balance zwischen Lösungen auf der kleinsten Ebene, die möglichst bürgernah beschlossen werden, und einer zentralen Koordination all jener Aufgaben, die für den ganzen Staat wesentlich sind.

Der Bund sollte alle jene Aufgaben übernehmen, deren Nutzen der gesamten Bevölkerung in gleicher Weise zu Gute kommt und von deren Inanspruchnahme niemand ausgeschlossen werden darf. Zum Beispiel die äußere und innere Sicherheit oder die überregionale Infrastruktur. Die Länder könnten dann jene Aufgaben übernehmen, die eine gewisse Größenordnung übersteigen und mit deren Finanzierung einzelne Gemeinden überfordert wären. Die Gemeinden sollten all jene Aufgaben abdecken, bei denen sich überschaubare Leistungen auf die örtliche Bevölkerung beziehen.

Wir wollen Menschen für politische Entscheidungsprozesse interessieren und miteinbeziehen. Dort, wo Synergien genutzt werden können, soll die Verwaltung zusammengelegt werden. Komplizierte und schlechte

Gewohnheiten sollen einfachen und guten Lösungen weichen. Das spart Zeit und Steuergeld. Wir wollen alle Strukturen durchleuchten, um sachlich festzustellen: Welche Verwaltungsstrukturen brauchen die österreichischen Bürger und wie kann man alles möglichst effizient gestalten, damit sie den größtmöglichen Nutzen zu den geringsten Kosten haben?

Wir schlagen vor, dass erfahrene und politisch unabhängige Experten alle Verwaltungsstrukturen auf allen Ebenen auf Kosten, Nutzen und Effizienz genau untersuchen und langfristig sinnvolle Vorschläge zur Verbesserung der Strukturen machen. Dabei sollen den Steuerzahlern keine Kosten entstehen. Im Gegenteil, das Honorar der Beraterfirma soll aus den Ersparnissen, die durch die langfristig sinnvollen Vorschläge und deren Umsetzung erreicht werden, bezahlt werden.

**Wir gehen davon aus, dass wir die Verwaltungskosten über die nächsten fünf Jahre jedes Jahr um fünf Prozent senken können.**



---

### 3 DEMOKRATIEREFORM

---

Unser politisches System ist in vielen Bereichen schein-demokratisch. Vieles beruht auf Absprachen von Parteisekretariaten. Politik ist sehr oft eine abgemachte Sache. Viele Bürger gehen deshalb nicht mehr zur Wahl, die Wahlbeteiligung sinkt seit Jahren. Gerade bei den Alt-Parteien bestimmen Großbanken, Bünde, Kammern und Gewerkschaften, wer auf die Wahlliste kommt. Der Bürger hat dabei kein Mitspracherecht und dadurch auch keine freie Wahl. Die Wähler wissen nicht einmal, wer sie im Parlament vertritt.

Außerdem haben wir zu viele Berufspolitiker, die wenig Verständnis für die Wirtschaft haben. Politiker zu sein, heißt seinem Land zu dienen. Leider ist es heute oft umgekehrt, nämlich, dass sich Politiker selbst bedienen. Die Menschen in Österreich haben das Gefühl, dass die meisten Politiker sich nicht mehr um die wirklichen Probleme der Bürger kümmern. Tatsächlich waren viele Politiker noch nie in der Privatwirtschaft tätig. Viele sind in einer Scheinwelt groß geworden und wurden mit der Staatsmilch aufgezogen – in ihren Parteien, Kammern, Bündeln, Gewerkschaften und anderen Vorfeldorganisationen.

**Wir wollen Institutionen, die nicht den Bürgern, sondern nur den Machterhaltern dienen, abschaffen, wie insbesondere den Bundesrat.**

Wir haben zu viele Berufspolitiker, die wenig Verständnis für die Wirtschaft haben. Politiker sollen nur für höchstens zwei Amtsperioden dienen, dann sollen sie in die Privatwirtschaft zurückkehren und mit den Gesetzen, die sie gemacht haben, leben.

**Wir wollen die Anzahl der Mandatäre aus politischen Parteien auf allen Ebenen reduzieren; auf Bundesebene auf maximal 100. Und zwei aufeinanderfolgende Legislaturperioden im Parlament bzw. Landtag sind jedenfalls genug.** Länger soll sich kein Politiker mehr vor der Wirklichkeit abschotten können. Dann ist es Zeit, wieder Fuß zu fassen im Alltag und zwar in der Privatwirtschaft, nicht in irgendeiner politischen Auffangorganisation. Wer seine Arbeit in dieser Zeit gut erledigt hat und anständig geblieben ist, wird auch in der freien Wirtschaft eine sinnvolle Beschäftigung finden. Wir wollen unsere demokratischen Strukturen verbessern.

Eine echte Erneuerung unter Miteinbeziehung der Bürger ist der einzige Weg, um das verlorengegangene Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen. Seinem Land und seinen Bürgern zu dienen, muss die oberste Prämisse eines Politikers sein.

Für die Zukunft möchten wir, dass alle Gesetzgebungsprozesse völlig transparent ablaufen. Vom Entwurf eines Gesetzes bis zu dem Tag, an dem es beschlossen wird. Und auch darüber hinaus. Alles muss klar, einfach und vor allem nachvollziehbar sein. Wer nichts zu verbergen hat, kann auch alles offenlegen: den Nutzen, die wahren Kosten und den Zweck jedes einzelnen Gesetzes.

Wir nehmen nicht in Anspruch, alles besser zu wissen und für jedes Problem sofort eine Lösung parat zu haben. Aber wir wollen dazu beitragen, dass die Wahrheit in diesem Land endlich gelebt wird und man sich auch den unangenehmen Fragen stellt. Auch manche Politiker anderer Parteien haben gute Ideen, können oder wollen diese aufgrund ihrer großen Abhängigkeitsverhältnisse zu den Vorfeldorganisationen aber nicht leben. Wenn diese Praxis auch in den nächsten Jahren so weitergeführt wird, dann fahren wir mit Vollgas gegen die Wand.



Wir wollen Politiker stellen, die ihre Verantwortung ernst nehmen und im Auftrag der Bürger das Beste für unser Land und seine Menschen umsetzen. Unser Ehrenkodex soll sicherstellen, dass nur Politiker mit Verantwortungsbewusstsein in unseren Reihen akzeptiert werden.

### **Unabhängige Bürgervertreter im Parlament**

Als Gegengewicht zu den Abgeordneten, die durch Listenbildung ins Parlament kommen, braucht es unabhängige Bürgervertreter. Wir sind für eine Reform des politischen Systems, in dem die Bürger auch Einfluss auf die Gesetzgebung haben.

**Zusätzlich zum Verhältniswahlrecht, in dem Listen durch die politischen Parteien gebildet werden, wollen wir das Land in 50 Regionalwahlkreise aufteilen, in denen Bürger, die seit zumindest zwei Jahren politisch unabhängig sind und ein Minimum von 250 Unterstützungsstimmen erhalten, mindestens 35 Jahre alt und unbescholten sind - kandidieren können. Und zwar außer Konkurrenz von den Parteien!**

Der Bürger mit den meisten Stimmen in jedem Wahlkreis würde als unabhängiger Bürgervertreter ins Parlament einziehen und bei den wichtigsten Budgetfragen mitstimmen, und zwar geheim, damit es keine keine

Repressalien gibt. Bei 100 politischen Abgeordneten und 50 Bürgervertretern kämen wir auf 150 Abgeordnete im Nationalrat. Das würde genügen, wir brauchen keine 183 Abgeordneten.

Bürgervertreter sollen in den Gesetzgebungsprozess miteinbezogen werden, stimmen im Geheimen ab, damit sie vor parteipolitischem Einfluss geschützt sind. Sie sollen nur dem eigenen Gewissen verpflichtet sein und ihre Erfahrung und ihr Sachwissen nutzen. Sie würden mit ihrem Verstand und mit ihrem Herzen stimmen, weil sie sich fragen würden, welche Lösung gut für sie, ihre Familien und ihre Kinder wäre.

Wir wollen auch die Opposition stärker mit einbinden, da sie aus der Rolle des reinen Kritikers herausgehen soll. Heute ist es leider oft so, dass Vorschläge reflexartig abgelehnt werden, nur weil sie von anderen Parteien kommen. Wir brauchen einen Anreiz, zusammenzuarbeiten, um die besten Lösungen für unser Land zu entwickeln.



---

## **4** **STEUERREFORM**

---

Jeder Staat muss Steuern einheben, um jene Ausgaben tätigen zu können, die für das Gemeinwohl wichtig sind. Dabei ist genau zu beachten, welche Aufgaben gemeinschaftlich erledigt werden müssen und welche der Einzelne erfüllen kann.

Unser Grundsatz lautet: so viele Steuern wie nötig, aber so wenig wie möglich!

Und das Steuergeld der Bürger muss ordentlich verwaltet werden. Keinesfalls darf der Staat bzw. die Politik mit Steuergeld spekulieren. Spekulationen mit Steuergeld müssen verboten und Zuwiderhandelnde strengstens bestraft werden.

Österreichs Steuergesetze sind unübersichtlich, ungerecht, kompliziert und durch unzählige Ausnahmebestimmungen nicht rechtssicher. Steuergesetze sind in Österreich in vielen Bereichen Auslegungssache. So wird viel Geld und Zeit verschwendet, das den Bürgern und der Wirtschaft letztlich fehlt. Wir brauchen ein einfaches Steuersystem, das jeder Bürger und Unternehmer ohne großes Spezialwissen verstehen kann. Dies würde viel Geld sparen.

Wir brauchen ein neues, transparentes und faires Steuersystem – eine Fair Tax, die das Prinzip Fairness auch im Steuerrecht verankert. Mit einer Fair Tax können wir die Steuerzahler entlasten, den Verwaltungsaufwand reduzieren, die Steuerberechnung vereinfachen und vor allem wieder mehr Gerechtigkeit im Steuersystem schaffen.

Wir brauchen ein Steuersystem, das Investitionen in Österreich begünstigt und die freie Entfaltung des Einzelnen fördert, das den Verwaltungsaufwand reduziert, Grauzonen und Schlupflöcher beseitigt. Jeder soll in der Lage sein, seine Steuerverpflichtung selbst auszurechnen.

---

### **PERSÖNLICHES EINKOMMEN**

Wir wollen besonders Familien mit Kindern entlasten: Wir wollen die Steuersätze für die Einkommenssteuer senken und gleichzeitig für soziale Ausgewogenheit sorgen, indem wir das steuerfreie Einkommen anheben. Wir wollen eine gestaffelte Fair Tax, um sozial Schwache und Menschen mit niedrigem Einkommen besonders zu unterstützen. Das sogenannte steuerfreie Einkommen wird auf 12.000 Euro pro Jahr angehoben. Darüber hinaus soll der Einkommensteuertarif neu berechnet werden, so dass vor allem Familien mit Kindern entlastet werden: Familien können ab zwei Kindern in die Familienbesteuerung wechseln, das heißt, die Einkommen der Familie werden gemeinsam versteuert, also wird zum Beispiel auch der haushaltsführende Elternteil in die Gesamtsteuerbelastung der Familie miteingerechnet und die Einkommenssteuerbelastung für Familien mit Kindern sinkt.

Besonders betroffen im System sind oft alleinerziehende Mütter, für sie wollen wir gute Strukturen schaffen, um sie bestmöglich zu unterstützen.

Wir wollen für alle Einkommen einen progressiven niedrigeren Staffeltarif, als er heute besteht.



## UNTERNEHMER

Wir wollen unsere Klein- und Mittelbetriebe besonders fördern: Sie sind die wichtigsten Arbeitgeber in unserem Land. Wir wollen sie von Zwangsmitgliedschaften in Kammern und den damit einhergehenden Zwangsgebühren befreien und ein Steuergesetz gestalten, das sie fördert, und zwar vor allem ihre Aktivitäten im Inland:

Unternehmen, die im Inland investieren, sollen steuerlich besser gestellt werden, denn das schafft Arbeitsplätze im Land. Wir brauchen klare Regeln und Transparenz.

Firmen, die im Ausland investieren, sollen ihre Verluste aus ausländischen Gesellschaften nicht mehr in Österreich von der Steuerleistung abziehen können. Nur Investitionen im Inland können zur Gänze abgesetzt werden, denn das schafft Arbeitsplätze im Land. Gewinne, die im Unternehmen bleiben, werden mit 10 Prozent besteuert. Dieser Steuersatz ersetzt die derzeitige 25-prozentige Körperschaftsteuer. Alternativ kann der Eigentümer diese 10 Prozent den Arbeitnehmern als Gewinnbeteiligung auszahlen. Entnommene Gewinne sind mit einem Fair Tax-Steuersatz zu versteuern.

**Die richtigen Steuersätze werden sich im Laufe der Zeit finden, da wir Maßnahmen setzen, um die Wirtschaft anzukurbeln und die Verwaltungskosten zu reduzieren.**

Die Sozialversicherungskosten teilen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer und diese werden vom Arbeitgeber direkt abgeliefert. Die Personalnebenkosten sind zu

hoch, das schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit. Da unsere Programme die Wirtschaft ankurbeln und gleichzeitig die Verwaltungskosten reduzieren werden, können wir die Nebenkosten im Laufe der Zeit deutlich senken.

Wir können die Steuer vom heutigen Niveau im Laufe der Zeit im Vergleich zur heutigen Steuerbelastung deutlich reduzieren, da gleichzeitig die Verwaltung abgebaut wird und auch Steueranreize für Unternehmen, im Inland zu investieren, bereits zu wirken beginnen. Die Verwaltungs- und Steuerreform müssen Hand in Hand gehen. Im Laufe von wenigen Jahren könnte man den Fair Tax Steuersatz deutlich senken.

Es ist längst erwiesen, dass niedrigere Steuern wegen der positiven Wirkung auf die Leistungsbereitschaft nicht zu einer Verringerung des Steueraufkommens führen, ganz im Gegenteil: Die Leistungsbereitschaft und die Steuermoral steigen.

Ein Steuersystem muss Wachstum ermöglichen und Leistungsbereitschaft fördern. Leistung muss sich lohnen!

Nur eine Steuer, die jeder versteht, ist eine Fair Tax. Nur so kann man politische Willkür im Zusammenhang mit Steuerprüfungen verhindern. Daher schlagen wir vor, dass Finanzstrafverfahren nur durch eine vom Staat unabhängige Expertenkommission eingeleitet werden dürfen.



### **Klare Regeln – faire Steuern**

Es gibt viele Menschen, die sich nicht trauen, offene Kritik am herrschenden System zu äußern. Wenn mit einer Steuerprüfung gedroht wird, verstummen die meisten. Obwohl sie alles anständig gemacht haben, müssen sie sich vor einer Steuerprüfung fürchten, weil die undurchsichtigen Steuergesetze gegen sie verwendet werden könnten. Das ist einer der Gründe, weshalb viele Menschen Angst davor haben, sich selbstständig zu machen.

Eine Steuererklärung auszufüllen, soll so einfach werden, dass jeder Bürger das problemlos selbst erledigen kann.

In Österreich leben viele gut ausgebildete und fleißige Menschen. Das ist ein großer Vorteil. Rohstoffe kosten auf der ganzen Welt in etwa gleich viel: Was den Unterschied ausmacht, sind die Menschen und die Strukturen. Aber wenn die Steuern- und Verwaltungskosten zu hoch sind, wird dieser Vorteil im globalen Wettbewerb wieder zunichte gemacht. So kann die Wirtschaft nicht funktionieren – und wenn die Wirtschaft nicht funktioniert, funktioniert gar nichts mehr.

### **Private Pensionsvorsorge**

Wir wollen auch einen Anreiz für die private Pensionsvorsorge schaffen: Bis zu 10 Prozent des Einkommens soll als freiwillige steuerlich abzugsfähige Beitragszahlungen in eine Pensionskasse eingezahlt werden können. So kann jeder seinen Einkommenssteuersatz durch Pensionseinzahlungen reduzieren. Auf dieses Konto der Pensionskasse soll niemand Zugriff haben, außer dem Einzahler selbst. Der Staat garantiert für den eingezahlten Betrag. Die Pensionskasse muss mit geringem Risiko veranlagen, mit diesem Geld darf nicht spekuliert werden und wir wollen damit die Kreditvergabe an heimische Unternehmen fördern.

Wir sind für die Einführung eines fairen Pensionskontos, wo jeder Einzahler sehen kann, wie viel Einzahlungen er schon geleistet hat und damit selbst und eigenverantwortlich entscheiden kann, wann er in Pension gehen möchte.

**Wir sind für ein vereinfachtes und gerechtes Steuersystem (Fair Tax) ohne Schlupflöcher und Privilegien.**



## 5 ARBEITNEHMER

Steueranreiz für die Beteiligung von Mitarbeitern!

Die Wirtschaft wird von drei Kräften getrieben – von klugen Managern, fleißigen Mitarbeitern und Kapital. Alle drei haben ein moralisches Recht darauf, am gemeinsam erwirtschafteten Erfolg beteiligt zu sein. Wir brauchen Steueranreize für Unternehmer, die ihre Mitarbeiter am Gewinn teilhaben lassen. Der Arbeitnehmer ist für uns das wichtigste Kapital. Wir legen im Steuergesetz fest, dass ein Unternehmen die 10-prozentige Unternehmenssteuer (heute: 25 Prozent Körperschaftsteuer) alternativ als Gewinnbeteiligung an seine Mitarbeiter ausschütten kann. Die Wahrscheinlichkeit, dass viele Unternehmer von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden, ist hoch, denn durch die Beteiligung der Mitarbeiter steigt deren Motivation.

Mit diesen Strukturen können wir beginnen, eines der Hauptprobleme unserer Gesellschaft zu lösen, nämlich die große soziale Kluft zwischen den Wohlhabenden und den Arbeitern. Die Mitarbeiter haben ein moralisches Recht darauf, am Erfolg ihrer Firma beteiligt zu sein. Darüber hinaus führt die Beteiligung der Mitarbeiter zu einem Umdenken: Wenn Mitarbeiter am Erfolg ihres Unternehmens beteiligt sind, sind sie viel motivierter, dadurch wird die Firma automatisch konkurrenzfähiger.

Darüber hinaus treten wir für einen einheitlichen Arbeitnehmerbegriff ein. Es soll keinen Klassenunterschied zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten geben. Die Gruppierung der Bevölkerung nach Klassengesichtspunkten entspricht nicht dem heutigen Weltbild. Abgesehen von dieser sicher nicht mehr zeitgemäßen Unterscheidung unter den arbeitenden Menschen, bedeutet das natürlich auch einen gewaltigen Verwaltungsaufwand: Für Angestellte gilt das Angestelltengesetz, für Arbeiter hingegen die Gewerbeordnung, weiters gelten das Allgemein Bürgerliche Gesetzbuch sowie die Bestimmungen des jeweils relevanten Branchenkollektivvertrages.

Die sogenannte „Sozialpartnerschaft“ ist ein Beispiel für eine überholte Form dieses Denkens in Klassenunterschieden. Auf der einen Seite die Arbeitgebervertreter und auf der anderen Seite die Arbeitnehmervertreter. Unter dem Vorwand, Konflikte zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern vermeiden zu wollen, werden dann viele wichtige Beschlüsse von diesen parteinahen Interessensvertretungen, Bündeln und Kammern getroffen. Hinter verschlossenen Türen. In Wirklichkeit sind die sogenannten „Sozialpartner“ aber nicht die Partner der Menschen, sondern die Partner der Großparteien. Außerdem kostet die Zwangsmitgliedschaft der Arbeitnehmer in der Arbeiterkammer viel Geld, das ihnen automatisch vom Gehalt abgezogen wird.

Wir denken anders. Wir stehen für eine Politik, die für alle Bürger da ist. Auf einen offenen Dialog, der keine geheimen Absprachen braucht und sich der demokratischen Öffentlichkeit verantwortlich fühlt.

In der Vergangenheit wollte man sicher die beiden Gruppen absichtlich in ihrem Bewusstsein voneinander abgrenzen, damit sie sich nicht miteinander identifizieren und solidarisieren. Heute wissen wir aber: Nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, also Unternehmenseigentümer, Management und Mitarbeiter zusammen anstatt gegeneinander arbeiten, kann eine Firma wettbewerbsfähig und damit erfolgreich sein.

Wohlstand schaffen und Armut reduzieren sind Ziele, die Hand in Hand gehen. Es ist sehr wichtig, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die Anreize dafür bieten, Wohlstand zu schaffen und Armut zu reduzieren.

Wir wollen an einem Strang ziehen und auch die Politik darf keinen Einfluss am Arbeitsplatz haben:

**Das Parteibuch darf weder am Arbeitsplatz noch an der Ausbildungsstelle Einfluss haben. Das muss gesetzlich verboten sein!**



## 6

### JUSTIZ UND KONTROLLE

Die Gerichtsverfahren in Österreich dauern in der Regel viel zu lange. Daher müssen die Verfahren beschleunigt werden. Das setzt eine bessere Struktur und eine effiziente Verwaltung voraus.

Insbesondere im Strafrecht besteht Handlungsbedarf. Immer mehr werden ursprünglich spezifische Richterenden auf weisungsgebundene Staatsanwälte übertragen, die in oberster Weisungsebene durch eine im Regelfall parteipolitisch besetzte Ressortleitung gelenkt werden können. Die Übertragung der Aufgaben des unabhängigen Untersuchungsrichters in die staatsanwaltschaftliche Kompetenz hat in verfassungsrechtlich höchst bedenklicher Weise die Möglichkeit eröffnet, dass die Aufbereitung und Sammlung von Beweisergebnissen innerhalb einer bis in die Regierungsebene reichenden Weisungskette beeinflussbar ist.

Zurzeit ist also der Staatsanwalt Ermittler und Ankläger in einer Person. Darüber hinaus kann er im Rahmen der Diversion sogar urteilsgleiche Entscheidungen treffen. Das Objektivitätsgebot ist verletzt. Es kann nicht richtig sein, dass weisungsgebundene Staatsanwälte, die eine Berichtspflicht an die jeweils übergeordnete Behörde (also an den leitenden Staatsanwalt, an den Oberstaatsanwalt oder direkt an den Justizminister) haben, ermitteln und dann selbst über eine etwaige Anklage entscheiden. Bei Fehlentscheidungen reicht eine Korrektur im Nachhinein nicht aus, um so entstandenes Unrecht gutzumachen.

Die überaus bewährte Funktion des weisungsfreien, unabhängigen Untersuchungsrichters muss wieder eingeführt werden. Seine Aufgabe war es, im Rahmen der Gesetze die Ermittlungen zu führen, den vorliegenden Sachverhalt zu klären, unparteiisch das Für und das Wider objektiv und genau abzuwägen, allenfalls neue, zusätzliche Erhebungen der Polizei anzuordnen. Nach Abschluss dieser Voruntersuchung übergibt der Untersuchungsrichter das Ergebnis seiner Arbeit an die Staatsanwaltschaft, die dann nach den Kriterien des Strafgesetzes zu beurteilen hat, ob gegen einen Beschuldigten Anklage zu erheben ist, oder ob es zur Einstellung eines Verfahrens kommen muss.

Auch die Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte muss in Frage gestellt werden. Verfahren dürfen nicht aus politischer Motivation eingeleitet oder eingestellt werden.

Das Amt des Justizministers soll eine politisch völlig unabhängige, fachlich höchst qualifizierte Person ausüben.

**Die Justiz, der Rechnungshof, der Verfassungs- und der Verwaltunggerichtshof müssen von der Regierung unabhängig sein. Das heißt, die obersten Richter und Kontrollorgane der Republik sollen direkt vom Volk gewählt werden.**



## 7

### EUROPA UND EURO

Wir sind überzeugte Europäer! Für uns ist das gemeinsame Europa ein Friedensprojekt, das große Leistungen erbracht hat. Frieden ist die unverzichtbare Basis für Wohlstand und gesellschaftliche Entwicklung. Wir begrüßen den freien Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Allerdings lehnen wir jede Art der Zentralisierung und Abschaffung der nationalen Souveränität entschieden ab.

Für uns steht das friedliche Miteinander der selbstbestimmten Mitgliedsstaaten an oberster Stelle. Dafür braucht es keine Zentralisierung und auch keine „Vereinigten Staaten von Europa“. Jede Zentralisierung geht zu Lasten von Wettbewerb und Wohlstand. Wir wollen unsere Eigenständigkeit erhalten und ausbauen.

Österreich ist überverwaltet. Obendrauf gibt es noch die EU, somit haben wir fünf Verwaltungsebenen: Die Gemeinden, die Bezirke, die Länder, den Bund und die EU! Die EU ist heute sogar für einen Großteil aller Gesetze verantwortlich, die wir in Österreich umzusetzen haben. Das ist undemokratisch und bedeutet zu viel Verwaltung. Zu kompliziert und zu teuer. So können wir nicht wettbewerbsfähig sein.

1992 wurde die EU und gleichzeitig auch die Wirtschafts- und Währungsunion errichtet. Die Politiker konstruierten den „Euro“, und ersetzten damit - ohne die geringste wirtschaftliche Notwendigkeit - ein seit Jahrzehnten bestens funktionierendes Währungssystem mit vielen erfolgreichen Währungen, allen voran die Deutsche Mark, den österreichischen Schilling, den holländischen Gulden, die ihrerseits seit rund zwanzig Jahren einen informellen Währungsverbund gebildet hatten. Der Euro wurde den Menschen von oben verordnet und dient vor allem den Interessen jener, die ihn in der gegenwärtigen Form gestaltet haben.

Mit Hilfe des Euro wollte man möglichst schnell mit möglichst vielen Staaten Europas zu einer politischen Einheit kommen. Ein ebenso ambitionierter wie frommer Wunsch. Es kann nicht funktionieren, 17 Staaten mit völlig unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen, unterschiedlichen Kulturen und unterschiedlichem Leistungsvermögen mit einer gemeinsamen Währung auszustatten.

Die gemeinsame Währung ohne flexible Wechselkurse für die einzelnen Länder ist eine Fehlkonstruktion, denn sie verhindert den Ausgleich zwischen den einzelnen Volkswirtschaften. Dieser Ausgleich ist besonders wichtig, weil es immer Unterschiede in der Konjunktur, der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der einzelnen Länder geben wird. Seit es den Euro gibt, werden die Bürger nicht richtig über den Euro informiert, es wird sogar fälschlicherweise behauptet, der Euro sei gut für Österreich gewesen. Dabei ist der Wohlstand noch nirgends auf der Welt durch eine weiche Währung nachhaltig gewachsen. Es herrscht ein durch die Politiker und durch die Medien falsch erzeugtes Bild, aber eines ist sicher: Jeder Österreicher weiß, dass der österreichische Euro mehr wert sein sollte, als beispielsweise der griechische, portugiesische oder spanische.

Durch die zentralistische Verwaltung, die gemeinsame Währung und die vielen Vorschriften, die Ungleiches gleich machen wollen, sind die Länder Europas nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Verwaltungskosten sind zu hoch. Effizient organisierte, unabhängige und im Wettbewerb zueinander stehende Staaten werden erfolgreicher sein, als jene, die in einem harmonisierten, also gleichgeschalteten Zwangsverbund von anderen Staaten hinuntergezogen werden.

Auch das jetzige Geldsystem funktioniert aus verschiedenen Gründen nicht. Es wird zu viel Geld gedruckt, sowohl in Europa als auch in den USA. Das heutige Geldsystem macht es den Regierungen viel zu einfach, die Notenpresse anzuwerfen, mehr Geld zu drucken und damit die Ersparnisse der Bürger zu entwerten.



Man kann sogar von einer schleichenden Enteignung sprechen. Eines ist sicher: Die Bürger wissen, dass heute fast alles teurer ist als zu Schilling-Zeiten. Der Wert des Euro nimmt tendenziell ab, und weitere Abwertungen sind zu erwarten. Der Euro wird immer weniger wert, weil immer mehr Geld gedruckt wird und die Wettbewerbsfähigkeit der Euro Länder abnimmt. Die Geldmenge wächst schneller als die Wirtschaft und damit wächst auch die Gefahr einer Inflation, die den Wohlstand aller massiv gefährdet.

Durch die Einführung der Währungsunion wurden die Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungskraft und damit die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder nicht ausgeglichen und beseitigt, sondern vertieft.

Eine Lösung für die gegenwärtige Währungs- und Wirtschaftskrise ist folgende:

Jedes Land im Währungsverbund könnte seinen eigenen Euro haben. Die Österreicher also einen österreichischen Euro, die Italiener einen italienischen Euro, die Griechen einen griechischen Euro und die deutschen einen deutschen Euro. Jedes Land würde – gemessen an seiner Wirtschaftskraft – seine eigene Währung mit einem bestimmten Wert im Vergleich zu den anderen bewerten. Der Euro selbst würde als gemeinsame Verrechnungseinheit bestehen bleiben. Durch ein System der flexiblen Wechselkurse wird der Markt seine Balance finden und – je nachdem, wie gut oder schlecht ein Land wirtschaftet – wird die Währung entsprechend auf- oder abwerten. Jedes Land soll die Möglichkeit haben, selbstständig zu entscheiden, ob und wie stark es seine Geldmenge ausweitet. Damit kann jedes Land seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern und seine eigene wirtschaftliche Kraft bestimmen.

**Länder können aber natürlich auf freiwilliger Basis enger zusammenarbeiten und ihre Währungen aneinander binden.**

Als Übergangsphase ist denkbar, dass die wirtschaftsstarke Länder den Südländern Geld ausschließlich für den Import von notwendigen Gütern, wie z.B. Rohstof-

fen oder Lebensmitteln, zur Verfügung stellen, damit in den betroffenen Ländern die Sozialsysteme nicht zusammenbrechen und die Grundversorgung der Bevölkerung gesichert ist. Es hat den Anschein, dass die Bürger in den Südländern den Nordländern die Schuld für ihre schlechte wirtschaftliche Situation geben, obwohl eine große Schuld bei den Großbanken liegt, die sich auf Kosten der Steuerzahler verspekuliert haben. Unterstützung in der Übergangsphase durch die Nordländer ist daher aus Sicht der friedlichen Völkerverständigung absolut notwendig.

Man muss sich dessen bewusst sein, dass die derzeit existierenden Schulden unmöglich zurückgezahlt werden können. Diese Last darf aber nicht den Steuerzahlern aufgebürdet werden, sondern die Gläubiger, vor allem die Großbanken, müssen einen Schuldenschnitt akzeptieren.

Wir kämpfen für die Wiedererlangung unserer Souveränität und wollen – frei von Bevormundung – unsere Zukunft in die eigenen Hände nehmen!

Europa ist an einem Wendepunkt seiner Geschichte angelangt - die Situation in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten ist mehr als bedenklich. Viele Menschen in den südlichen Ländern stehen vor den Trümmern ihrer Existenz. Die Jugendarbeitslosigkeit vor allem in den Südländern ist besonders besorgniserregend, die Arbeitslosigkeit liegt dort oft bei über 25 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit in manchen Südländern schon bei über 50 Prozent! Das ist in höchstem Maße besorgniserregend.

Die Krise, in der wir stecken, hat viele Ursachen. Eine der wesentlichsten ist, dass die Realwirtschaft vernachlässigt wurde und wir immer mehr zu einer Finanzwirtschaft geworden sind. Das ist eine Fehlentwicklung. Nur in der Realwirtschaft, wo Produkte hergestellt und verkauft sowie Dienstleistungen angeboten werden, kann man Wohlstand schaffen. Wir wollen die Wirtschaft wieder auf eine solide Basis stellen.



Jene Parteien, die von den Großbanken finanziert werden, gaukeln den Menschen weiter eine heile Welt vor. Aber auch die sogenannten „Arbeiterparteien“ spielen das Spiel der Spekulanten mit. Dabei haben sie die Arbeiter an die Großbanken verkauft. An eben jene Großbanken, die zu Beginn der Krise panisch zu den Regierungen gelaufen sind und Hilfe wollten. Diese Hilfe haben sie auch bekommen. Auf Kosten der Steuerzahler. Jetzt sind die Staatskassen bald leer und die Regierungen müssen immer höhere Kredite aufnehmen. Kredite, von denen wieder nur die Großbanken profitieren, während das Geld für die Wirtschaft und die Arbeiter immer knapper wird.

Auch von den Gewerkschaften können die Menschen keine Hilfe erwarten. Die Zeit der Gewerkschaftsführer, die den Mächtigen die Stirn boten, ist vorbei. Sie sind genauso weit von den Nöten der Menschen entfernt, wie die Chefs der Großbanken und die Politiker in ihren Parteizentralen. Die Gewerkschaften dienen heute oft bloß noch sich selbst. Sie haben sich regelmäßig an den Kassen ihrer Mitglieder bedient und hemmungslos an den internationalen Finanzmärkten spekuliert. Sie haben um nichts verantwortungsbewusster gehandelt, als die Regierungen und Großbanken, gegen die sie die Arbeitnehmer angeblich verteidigen wollen.

Die Krise in Europa wird sich nicht mit neuen Knebelverträgen und gegenseitigen Haftungen lösen lassen. Eine solche Politik führt nur noch näher an den Abgrund. Das zeigt die Geschichte. Niemand hat das Recht, einem Land von außen zu diktieren, wie seine Menschen zu leben haben. Das vertieft die Kluft zwischen den einzelnen Ländern nur noch mehr. Eine Währung ist das Spiegelbild der Wirtschaft eines Landes. Diese Tatsache können auch noch so viele Weisungen der EU-Zentrale in Brüssel nicht wegwischen.

Die Gestaltung der EU-Verträge und des Euro müssen daher konstruktiv und verantwortungsbewusst durchleuchtet werden. Wir wollen, dass unabhängige österreichische Experten sämtliche EU-Verträge, Verordnungen,

Richtlinien und sonstige Vereinbarungen genau prüfen. Bei einer Änderung und beim Abschluss neuer Verträge muss die Bevölkerung miteingebunden werden. Besonders dann, wenn es um die Einhaltung von Verpflichtungen sowie um Haftungen, Garantien, Zahlungen und die zukünftige Stellung Österreichs in Europa geht. Strukturen werden von Menschen gemacht, und können auch wieder von Menschen geändert werden. Schritt für Schritt und auf zivilisierte Art und Weise.

Jeder einzelne Mitgliedsstaat und jedes Volk verfügt über großes Potenzial, das nicht länger von einem System der Bürokraten und Spekulanten unterdrückt werden darf. Die Idee für ein gemeinsames Europa war ein einmaliges Friedensprojekt und sollte auch genauso - im Geiste des freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs fortgeführt werden.

Die Menschen in Österreich, genauso wie jene in den anderen EU-Mitgliedsstaaten, wollen vor allem eines: Frieden. Das war schon immer das Motiv für das gemeinsame Europa. Sozialer Frieden und ökonomische Freiheit wären gute Leitlinien für die Europapolitik. Wir müssen verstehen, dass Vielvölkerstaaten unter einem gemeinsamen zentralistischen Diktat noch nie funktioniert haben. Kein Volk soll einem anderen vorschreiben, wie es zu leben hat. Die gemeinsame Währungsunion hat unglaubliche Gräben in Europa aufgerissen, seit dem Krieg gab es nicht mehr so viel Missgunst unter den Völkern in Europa - wir wollen eine neue Brücke der Verständigung im Sinne eines friedlichen Miteinanders schaffen.

**Wir brauchen wieder eine Politik in Europa, die die Souveränität der Völker respektiert und die die Schaffung von Wohlstand durch fairen Wettbewerb fördert.**



---

## 8 BANKEN

---

1. **Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken**
2. **Erhöhung der Mindesteigenkapitalausstattung**
3. **Wettbewerb privater Banken**

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir niemals wieder einen Zusammenbruch der Finanzmärkte erleben, wie das im Jahr 2008 der Fall war. Alles, was dafür auf österreichischer Ebene getan werden kann, muss getan werden.

Banken brauchen mehr Eigenkapital und das Geld der Einleger darf nicht für Spekulationszwecke verwendet oder gar gehebelt werden. Die Menschen müssen wieder Vertrauen in die Banken bekommen.

Die Regeln müssen so sein, dass Banken ihren volkswirtschaftlichen Funktionen nachkommen, die im wesentlichen dem Sammeln von Einlagengeldern und der Vergabe von Krediten für Unternehmen und private Personen zur Finanzierung realwirtschaftlicher Ziele dienen.

Die vielen neuen Bankgesetze, die im Zuge der Finanzkrise verabschiedet wurden, belasten viel stärker die realwirtschaftlichen Funktionen der Banken, als dass sie die Spekulationen eindämmen. Geschäfte für die Kunden sind dadurch teurer und deutlich bürokratischer geworden.

Das wollen wir ändern: Wir brauchen Gesetze für einen gesunden Bankenwettbewerb, der die Bedürfnisse der Menschen abdeckt und ihnen die notwendige Sicherheit für ihre Einlagen gibt und den Zugang zu Krediten für seriöse Geschäfte erleichtert und nicht erschwert.

Banken sollen privatwirtschaftlich geführt und besessen werden.

Die Bankenaufsicht sollte sich insbesondere auf den Gläubigerschutz und die Einlagensicherung konzentrieren.

Das Geldsystem funktioniert nicht mehr und die Politiker der meisten westlichen Länder versuchen den zunehmenden Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch eine Aufblähung der Geldmenge (Inflation) auszugleichen. Sie drucken Geld. Die Folge dieses Gelddruckens sind nach einer gewissen Zeit steigende Güterpreise (Preisinflation). Man kann davon ausgehen, dass jeder Österreicher bemerkt hat, dass alle Güter, die man noch in Schilling erworben hatte, wesentlich billiger waren, als sie heute in Euro kosten.

Regierungen vermehren Geld beliebig, um sich damit Wählerstimmen zu kaufen und den Staatsapparat auszudehnen und vermindern dadurch den Wert des Geldes. Es sind aber nicht nur die Regierungen, die die Geldmenge erhöhen, sondern vor allem die Geschäftsbanken. Sie geben viel mehr Kreditgeld aus, als sie tatsächlich haben. Der Grund dafür ist, dass es derzeit zu niedrige Mindestreserven für Banken gibt. Das heißt, sie müssen nur einen kleinen Teil der Kundeneinlagen als feste Reserve halten. Den Rest der Einlagen können sie als Kredit vergeben. Dadurch entsteht viel mehr Geld, man spricht von einem „Geldschöpfungsmultiplikator“: Der Betrag an neu geschaffenem Kreditgeld kann sich leicht verzehnfachen. Diese Geldmengenerhöhung macht die Volkswirtschaft zwar liquider, aber auch verschuldeter.

Dazu kommt die neue Regelung für die EZB. Es droht eine gewaltige Inflation, da sie nun zur Wirtschaftsstützung unlimitiert südeuropäische Staatsanleihen aufkaufen kann. Auch durch diese Vorgangsweise der EZB vergrößert sich die Geldmenge, aber die Gütermenge bleibt dieselbe. Das heißt: Die Preise werden steigen, wodurch einige Menschen reicher werden, die meisten Menschen aber ärmer, denn die Kaufkraft der Einkommen und Ersparnisse sinkt.

Die unbegrenzten Anleihenkäufe durch die EZB sind abzulehnen: Wenn die EZB Staatsanleihen von konkurs-



reifen Ländern aufkauft, stützt sie die Kurse und senkt gleichzeitig den Reformdruck auf diese Staaten. Wenn dann die konkursreifen Länder trotzdem bankrott gehen, bleibt die EZB auf wertlosen Anleihen sitzen. Die unbegrenzten Anleihekäufe sind eine Gefahr für die Starkwährungsländer, da die EZB mehrheitlich in der Hand der Schwachwährungsländer ist. Diese bekommen Zugriff auf unser erspartes Geld. Es bahnt sich eine indirekte Enteignung von unserem ersparten Geld an, das muss verhindert werden.

Wir müssen sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer Ebene klare Maßnahmen setzen, um eine weitere Inflation und damit einhergehend, die Entwertung unseres Geldes zu verhindern. Die Menschen müssen wieder darauf vertrauen können, dass ihr Geld bei der Bank sicher aufgehoben und wertbringend angelegt ist.

Geschäftsbanken müssen von Banken getrennt werden, die hauptsächlich Risikogeschäfte, das sogenannte Investmentbanking, betreiben. Risikobanken sollten in Krisenzeiten auch keine Unterstützung erhalten.

Es braucht ganz klare Definitionen und strenge Regeln. Die Kunden müssen wissen, welche Bank eine Geschäftsbank und welche eine Investmentbank ist und welche Folgen für ihr Geld damit verbunden sein könnten.

Wir wollen die Mindestkapitalvorschriften der Geschäftsbanken erhöhen, um die unmässige Geldmengenvermehrung zu verhindern. Wir fordern eine höhere Kernkapitalquote, die zwischen 10 und 20 Prozent liegen soll. Darüber hinaus dürfen mit dem eingelegten Geld der Bürger keine Spekulationen oder gar Hebelungsgeschäfte betrieben werden. Geschäftsbanken, die Spareinlagen österreichischer Sparer verwalten, müssen diesen Anteil ihrer Kredite an österreichische Unternehmen vergeben. So schafft unser eigenes Spargeld Wachstum und Arbeitsplätze.

Die Schieflage einer Bank darf nie zu einer Destabilisierung des Bankensektors führen. Keine Bank darf so groß sein, dass der Staat für eine Rettung erpressbar wird.

**Eine europäische Bankenunion, die zu einer Einlagensicherungsunion und einer Bankenhaftungsunion für alle europäischen Staaten führt, wird strikt abgelehnt!**



---

## 9 BILDUNG

---

Eine Volkswirtschaft, die den Wert der Bildung außer Acht lässt, verspielt ihre Wettbewerbsfähigkeit. Wir brauchen ein Bildungssystem, das im internationalen Vergleich zu den besten zählt. Unser Schulsystem ist unausgewogen und im Durchschnitt bestenfalls mittelmäßig.

Jeder sollte zumindest die zentralen Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen in ausreichendem Umfang vermittelt bekommen. Ein Bildungssystem, das dazu nicht in der Lage ist, zerstört die Zukunftsperspektiven des Einzelnen und fügt der Gemeinschaft einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zu. In Österreich beherrschen 20 Prozent der Pflichtschulabgänger die wesentlichen Kulturtechniken nicht ausreichend. Gleichzeitig zählt unser Bildungssystem zu den teuersten der Welt.

Es ist auch sehr wichtig, den Kindern Wissen über gesunde Ernährung und die Bedeutung von Bewegung zu vermitteln. Neben einem eigenen Schulfach Ernährungslehre sollen in Bildungseinrichtungen schon vom Kindergarten an gesunde Lebensmittel angeboten werden.

Der Sportunterricht sollte ausgeweitet werden, damit würden wir unserer Jugend die Freude am Wettbewerb näherbringen. Dies könnte den jungen Menschen helfen, viele wichtige Fähigkeiten zu entwickeln, wie etwa Motivation, Verantwortung, Führungsverhalten, Teamarbeit und Ausdauer. Der langfristige soziale und auch wirtschaftliche Nutzen würde die Kosten bei weitem aufwiegen.

Schulen sollen ausgebaut werden und eine gute Kinderbetreuung und Aktivitäten für Jugendliche anbieten. Viel Sport und gesunde Ernährung sollen die Grundpfeiler für unsere Kinder sein. Jedes Kind soll zumindest eine gesunde Mahlzeit pro Tag bekommen.

Wir müssen in unserem Schulsystem den Fokus auf die wichtigen Bereiche unserer Zukunft legen – Gesundheit, Technik, Wirtschaft und Umwelt sind Bereiche, die besondere Berücksichtigung im Lehrplan finden müssen. Wirtschaftliche Bildung muss als eigenes Fach schon in der Volksschule gelehrt werden. Weiters treten wir dafür ein, dass in jedem Schultyp praktisches, technisches und naturwissenschaftliches Wissen und Können vermittelt wird. Unsere Gesellschaft hat einen Mangel an technisch ausgebildeten Leuten, die einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaft und unserem Wohlstand leisten.

Wir fordern zeitgemäße Strukturen in der Schulverwaltung mit einem deutlichen Abbau der historisch gewachsenen Überverwaltung, damit mehr finanzielle Mittel für den Unterricht frei werden.

**Ebenso bedarf es einer Reform der Ausbildung von Lehrpersonen, der Auswahl des bestqualifizierten Lehrpersonals, einer Fokussierung auf die Bildungsaufgaben der Schule, einer autonomen Schulleitung, einer schlanken Verwaltung, laufender Schulungsmaßnahmen des Lehrpersonals, der Förderung von Neugier und einer guten Zusammenarbeit mit den Eltern.**

Wir streben die Autonomie der Schulen an, da ein Schuldirektor als Manager fungieren soll, der sich sein Lehrpersonal selbst aussuchen können muss. Nur so können die besten und motiviertesten Lehrer vorankommen. Das Parteibuch darf bei der Postenbesetzung keine Rolle spielen, auch nicht in Schulen! Wir wollen Bildung und Ausbildung auf höchstem Niveau ermöglichen. Parteibuchwirtschaft hat an unseren Schulen nichts verloren. Die besten und qualifiziertesten Lehrer sollen in die Klassen kommen, damit unsere jungen Menschen bestmöglich ausgebildet werden.



Eine Kulturnation wie Österreich mit hohem Qualitätsanspruch braucht hochqualitative Universitäten als Flaggschiffe von vorwiegend grundlagenorientierter Lehre und Forschung sowie Fachhochschulen mit dem Fokus auf anwendungsorientierte Umsetzung. Dazu sind geeignete Rahmenbedingungen erforderlich: Wir brauchen Autonomie auf allen Ebenen, also auch bezüglich der Aufnahme von Studenten, hinreichende budgetäre Ausstattung, um auch höchstmögliche Qualität in allen relevanten Bereichen bieten zu können, autonome Festlegung und Einhebung von Studienbeiträgen, wobei sich die jeweilige Höhe der Studienbeiträge nach dem Bedarf in Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft orientieren soll. Das Studienbeitragssystem soll begleitet werden von einem fairen und transparenten Stipendiensystem, um allen Befähigten eine gleiche Chance des Studierens zu geben. Leistung soll belohnt werden.

In vielen Bereichen wird das österreichische Bildungssystem leider von falschen und irreführenden Vorstellungen gelenkt. Zum Beispiel, dass handwerkliche Tätigkeiten weniger „wert“ seien, als Arbeit an einem Schreibtisch. Die Wahrheit sieht anders aus: Österreich leidet unter einem großen Mangel an Facharbeitern. Andererseits gibt es eine große Zahl von jungen Menschen, die zwar ein Studium – vor allem in den Geisteswissenschaften – abgeschlossen haben, und dennoch keine Arbeit finden.

Es ist wichtig, dass schon die Kinder lernen, dass Handwerk einen goldenen Boden hat. Viele Menschen, die im Leben auch viel erreicht haben, haben sich das mit den eigenen Händen erarbeitet. Jene Jugendlichen, die handwerkliches Interesse und Geschick vorweisen, sollten in der Entwicklung dieser Fähigkeiten unterstützt werden, um so dem historisch sehr gut entwickelten Handwerksberuf in unserem Land einen möglichst hohen Stellenwert zu geben.

Egal ob Lehre oder Studium – beides sind gute Wege zum Erfolg. Alle jungen Menschen, die ein Studium absolviert haben, sollten auch darüber nachdenken, wie sie der Gesellschaft etwas zurückgeben können. Viele von ihnen werden einmal in Positionen sein, in denen sie eine große Verantwortung tragen. Möglichst viele von ihnen sollten den Mut finden, ein eigenes Unternehmen zu gründen. So können sie ihr Wissen für sich selbst nutzen und auch der Gesellschaft einen Dienst erweisen: Indem sie neue gute Arbeitsplätze schaffen.

Die Wirtschaft und die Industrie sind dynamisch und entwickeln sich ständig weiter. Dieses Erfolgsrezept muss man kennen und auch anwenden können. Vor allem im globalen Wettbewerb. Österreich darf die Fähigkeit zur Herstellung von hochwertigen Produkten zu einem konkurrenzfähigen Preis nicht verlernen. Es reicht nicht aus, neue Produkte zu erfinden, man muss sie auch herstellen können. Nur dann kann die Wirtschaft auf Dauer erfolgreich sein. Deshalb sind produzierende Betriebe auch so wichtig.

Das Beispiel Deutschland zeigt, dass eine technologisch anspruchsvolle Industrie mit innovativen Ideen und gut ausgebildeten Arbeitnehmern im globalen Wettbewerb immer noch eine Sonderstellung erreichen kann. Auch Österreich hat alle Voraussetzungen, um weltweit zu den Besten zu zählen.

Die große Bedeutung von Forschung (Grundlagenforschung wie auch anwendungsorientierter Forschung) für die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und Wirtschaft und somit für die Gesellschaft und die Zukunft unseres Landes bildet sich in der Forschungsquote ab. Wir streben eine Erhöhung der Forschungsquote an.



Politik und Parteibuchwirtschaft haben in der Bildung nichts verloren. Wer seine Stellung nur einem Parteibuch zu verdanken hat, kann einem jungen Menschen kaum die richtigen Werte vermitteln. In einem konkurrenzfähigen Bildungssystem darf es so etwas in Zukunft nicht mehr geben. Wir wollen nicht, dass gefügte Wähler für ein System von Gestern ausgebildet werden.

Bildung muss objektiv und transparent organisiert sein und die Dienstleistung des Systems im Vordergrund stehen.

Ein erfolgreiches und neues Bildungswesen muss freidenkende und gut ausgebildete Menschen mit einem kritischen Verstand und einer gesunden Portion Hausverstand fördern. Die ersten Schritte in diese Richtung machen unsere Kinder schon im Kindergarten.

Ein kluger Kopf ist nichts ohne einen guten Charakter. Emotionale und soziale Intelligenz sind wichtige Fähigkeiten. Fähigkeiten, die großteils erlernbar sind, in erster Linie in der Familie, aber auch in der Schule. Ein respektvoller Umgang, gutes Benehmen und ein wertschätzendes Miteinander sind nicht nur für das Funktionieren unserer Gesellschaft von großer Bedeutung, sondern auch im Arbeitsleben entscheidend. Diese bewährten Regeln sollte man jungen Menschen möglichst früh beibringen.



---

## **10** **JUGEND**

---

Jeder Jugendliche soll die bestmögliche Ausbildung bekommen. Wir wollen alle Hindernisse beseitigen, die einer optimalen Ausbildung entgegenstehen. Jeder muss entsprechend seiner Fähigkeiten Zugang zu den Bildungseinrichtungen vorfinden.

Bis zum Abschluss des 16. Lebensjahres hat der Staat die Verantwortung, den Jugendlichen die Kulturtechniken beizubringen, sowie bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres eine Ausbildung zu ermöglichen.

Schüler sollen die Möglichkeit bekommen, Schnupperlehre zu besuchen, um zu sehen, wo sie talentiert sind und besonderes Interesse haben, ihre Ausbildung zu vertiefen.

Wir wollen neben einer bestmöglichen Ausbildung auch ein breites Angebot an Freizeitbeschäftigungen fördern, insbesondere Zugang zu Sporteinrichtungen. Jugendliche sollen sich vor allem sportlich oder auch kulturell betätigen können.

Die Jugend ist das größte Kapital einer Gesellschaft und muss deshalb gefördert, gefordert und unterstützt werden!

Wir streben ein einheitliches Jugendschutzgesetz an, das von überflüssigen Paragraphen befreit wird und die Bedürfnisse der Jugendlichen bundeseinheitlich berücksichtigt. Die Interessen von Jugendlichen, vor allem bei der Gestaltung unseres Bildungssystems und der allgemeinen gesetzlichen Grundlagen, müssen in Zukunft viel stärker berücksichtigt werden. Besonders bei den Jugendämtern muss die Politik endlich aktiv werden. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss eine Kernaufgabe einer verantwortungsvollen Politik sein.

Es gilt die Kompetenzen und Pflichten der Jugendämter einheitlich so zu gestalten, dass sie ihrer Aufgabe bestmöglich nachkommen können. Wir wollen dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche, die in Ihrem Zuhause nicht die gute Betreuung erfahren, auf die sie ein Recht haben, in Zukunft besser und effektiver geschützt werden. Einrichtungen für Jugendliche in Notsituationen brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung und mehr Aufmerksamkeit. Hier sollte in Kooperation mit der Wirtschaft und Sozialeinrichtungen ein gemeinsames Angebot entwickelt werden.

Die Jugend will vor allem eines: Zukunftsperspektiven. Um den jungen Menschen diese Perspektiven auch bieten zu können, muss die Wirtschaft gut funktionieren. Was passiert, wenn die Wirtschaft nicht mehr funktioniert, müssen derzeit viele junge Menschen in den südlichen EU-Ländern am eigenen Leib erfahren, ohne dass sie auch nur die geringste Schuld trifft: „Jugend ohne Zukunft“ – so sehen diese jungen arbeitslosen Menschen selbst ihre Lage.

Nur eine verantwortungsvolle und kluge Wirtschaftspolitik ist auch eine ehrliche Politik für die Jugend. Eine gute Zukunft gibt es dann, wenn es genug Arbeitsplätze gibt. Wir wollen, dass junge Menschen auch in Zukunft noch eine Vielzahl an Chancen ergreifen können. In Österreich und in Europa. Jeder soll die Möglichkeit haben, seine Zukunft selbst in die eigene Hand zu nehmen.

Jugendliche sind das Fundament der Gesellschaft von Morgen. Deshalb muss die Gesellschaft von Heute für ein Klima sorgen, das von Wissen, Diskussionsbereitschaft, Kritikfähigkeit und Offenheit geprägt ist.



Die meisten Politiker haben leider ein sehr begrenztes zeitliches Verständnis von Zukunft. Sie denken nur von Wahl zu Wahl. Ihre persönliche Zukunft wird in der Parteizentrale und den dahinter stehenden Machtapparaten, und nicht in der Wirtschaft entschieden. Für die Politik bedeutet eine sichere Zukunft deshalb etwas völlig anderes als für die Menschen. Den Jugendlichen wird die Parteibuchwirtschaft darum teilweise schon mit der Schulmilch eingeflößt. Dass den Jugendlichen dieses System früher oder später sauer aufstößt, ist eine gesunde Abwehrreaktion. Manipulation findet aber auch in einer viel geschickteren Form statt: Viele Parteien glauben, dass sie junge Leute für sich gewinnen können, indem sie ihnen möglichst viel versprechen, aber nur sehr wenig offen fordern. Das geht völlig an der Realität vorbei. Wer Erfolg haben will, muss auch bereit sein, sich dafür einzusetzen: Die Zukunft ist das, was man mit Freude und Einsatz daraus macht.

Gemeinsam können wir die herrschenden Strukturen verändern: Ein positiver Wandel ist möglich. Das ist unsere aufrichtige Überzeugung und wir glauben, dass auch viele junge Menschen selbst zu dieser Überzeugung gelangen werden.

Es ist keine Kunst, jemandem zu sagen, dass alles gut ist, und auch in Zukunft alles gut sein wird. Menschen, die aufrichtig sind, erkennt man daran, dass sie einem die Wahrheit sagen. Auch auf die Gefahr hin, dass der andere diese Wahrheit nicht angenehm findet. Wir sagen die Wahrheit.

**Für uns sind die Jugendlichen nicht die Wähler von Morgen, sondern die Reformkraft von heute. Darauf bauen wir.**



---

## 11

### KULTUR

---

Österreich ist eine bedeutende Kulturnation, deren Wurzeln tief in die Vergangenheit zurück reichen. Sie ist seit vielen Jahrhunderten mit anderen europäischen Kulturen verbunden und hat großartige Leistungen besonders in der Musik, aber auch in der darstellenden Kunst, der Literatur, der angewandten Kunst und der Baukunst hervorgebracht. Viele große, weltweit beachtete Veranstaltungen geben davon ebenfalls Zeugnis wie unzählige kleinere, nicht minder bedeutende Kulturereignisse, die das heutige rege Kulturleben und -schaffen Österreichs manifestieren.

Die Erhaltung, Erforschung, Vermittlung und Präsentation des kulturellen Erbes in allen Bereichen der Hoch- und Volkskultur sowie zeitgenössischer Kunst- und Kulturformen ist eine bedeutende Aufgabe.

Kultur ist nicht Selbstzweck. Sie richtet sich stets auch in unterschiedlicher Weise an die Gesellschaft. Ob als identitätsstiftender Faktor, als Spiegelbild der Lebenshaltung, als Provokation, oder als reine Konsumation im Sinne von „Kulturgenuss“. Die Bevölkerung ist stets aktiver oder passiver Teilnehmer und Teilhaber. Deshalb entscheidet sie auch wesentlich mit, was sie als kulturelle Äußerung annimmt.

Das kulturelle Angebot muss deshalb auch von einem entsprechenden Eigenfinanzierungsanteil getragen sein, der das Interesse der Bevölkerung widerspiegelt. Im Kulturbereich muss das Förderwesen dringend durchforstet und vereinfacht werden, damit nicht die besten Beziehungen, sondern die besten Ideen ausschlaggebend sind.

Privates Sponsoring in Österreich sollte man von der Steuer absetzen können, sofern die Mittel in Österreich engagierten Kultur-, Sport- und Sozialvereinen mit ordentlicher Buchführung zugutekommen.

Kunst und Kultur sind zentrale Identitätsstifter in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft!

Kunst und Kultur haben immer schon einen Beitrag dazu geleistet, das Positive und das Negative in einer Gesellschaft auf den Punkt zu bringen. Kunst ist auch die Fähigkeit, Dinge greifbar zu machen, die viele Menschen empfinden, aber keine Ausdrucksmöglichkeit dafür besitzen. Auch deshalb sollte allen Menschen der Zugang zu Kunst und Kultur offenstehen.



---

12

## WERTE

---

Wir sind eine offene Bewegung, die auf demokratischen Werten und auf sozial-ökonomischer Gerechtigkeit beruht. Wir brauchen wieder Werte in unserer Gesellschaft. Parteibuchwirtschaft, Korruption und Kriminalität dürfen keinen Platz haben.

Wir haben Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen und vor allem gegenüber unserer Jugend. Wir brauchen wieder einen positiven Geist und eine gesunde Einstellung in unserer Gesellschaft und möchten vor allem junge Menschen dazu motivieren, einen Beitrag für die Allgemeinheit zu leisten. Wir brauchen ein Umdenken. Die Frage für jeden einzelnen sollte lauten, was kann ich erreichen und was kann ich dazu beitragen, dass wir eine bessere Gesellschaft werden, nicht, was kann ich bekommen. Nehmen ist schön, aber geben ist noch viel schöner.

Wir wollen unseren Kindern und Jugendlichen wieder mehr Werte vermitteln. Nur durch Werte kann sich unsere Gesellschaft auf einem guten Weg weiterentwickeln, ohne Korruption, Machtspiele und möglichst wenig Kriminalität.

**Wir stehen für Wahrheit, Transparenz und Fairness.**



---

## 13 SPORT

---

Österreich zählt in manchen Sportarten zur absoluten Weltspitze, und das nicht nur in regional betriebenen. Auch in weltweit ausgeübten Sportarten bringt Österreich immer wieder Spitzenathleten hervor. Um wieder im internationalen Sportgeschehen an vorderster Front dabei sein zu können, sind einige grundlegende Strukturänderungen von Nöten.

Bereits in den Kindergärten und Volksschulen sollen gezielt ausgebildete Sportlehrer zur Frühförderung der Kinder herangezogen werden. Begabungen müssen frühzeitig erkannt und gefördert werden, um im Spitzensport langfristig erfolgreich sein zu können. Wir wollen Spezialakademien für besonders begabte Sportler.

Ein weiteres großes Ziel für uns ist die Entpolitisierung der Vereine und Verbände. Der parteipolitische Einfluss ist ein großer Hemmschuh, der endlich abgelegt werden muss. Weiter ist es uns auch im Sport ein Anliegen, dass Fördergelder dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Auch hier sollen – vergleichbar zur Kultur – Sponsorgelder, die Non-Profit-Vereinen mit ordentlicher Buchführung zugute kommen, steuerfrei sein.

Da der Sport eine Grundvoraussetzung für bessere Gesundheit darstellt, ist es notwendig, ein ausreichend großes Sportstättenangebot zur Verfügung zu stellen. Der Breitensport ist die Grundlage für gesunde Menschen, und die Spitzenathleten sind ein Aushängeschild für jedes Land. Durch die Spitze wächst die Breite. Vor allem die Jugend braucht Idole.

**Sport ist Gesundheitsgarant für die Gesellschaft und Aushängeschild eines Landes! Sport ist eine Charakterschule. Durchsetzungskraft, Fairness und Ausdauer sind nur einige der Fähigkeiten, die durch sportliche Betätigung gefördert werden.**

Diese Eigenschaften haben auch in der Wirtschaft einen hohen Stellenwert. Ein gesundes Konkurrenzdenken und das Arbeiten an den eigenen Schwächen und Stärken sind in beiden Bereichen wichtig, um Erfolg zu haben. Jeder Mensch kann beim Sport deshalb viel über sich selbst lernen. Egal ob als Einzelathlet oder in einer Mannschaft: Sport steigert das Wohlbefinden und macht zufrieden. Wer sich körperlich verausgabt, kann eine Menge psychischen Stress abbauen und schneller wieder ins Gleichgewicht kommen. In der Schule, während der Lehre, auf den Universitäten, in den Betrieben und in der Freizeit – Sport sollte überall ein fixer Bestandteil sein.

Private Initiativen zur Förderung des Breiten- und Spitzensports sind wichtig, um in Österreich die besten Rahmenbedingungen für sportliche Erfolge zu schaffen. Leider zeigt sich auch hier, dass die Politik in Österreich ein Meister im Verhindern, aber ein Amateur im Verwirklichen ist. In Zukunft sollen erfolgversprechende private Initiativen von der Bürokratie nicht mehr einfach ausgebremst werden können.

Mit dem Team Stronach kann der Sport in Österreich wieder ein echtes Zugpferd werden.

Wir wollen Partei ergreifen für den Sport. Jeder Euro, der in Sport investiert wird, spart viel Geld im Gesundheitssystem. Sport verbessert auch die schulische Leistungsfähigkeit, das ist längst nachgewiesen.



Tourismus und Wirtschaft profitieren ebenso vom Sport wie die gesamte Gesellschaft. Insbesondere die Jugendlichen in den Städten haben es heute, was Bewegung anlangt, in vielen Bereichen schwerer, als früher. Wenn man an den Wohnsiedlungen vorbeigeht, sieht man überall Schilder, die Fußballspielen, Radfahren und Rollschuhlaufen verbieten. Wie sollen die jungen Menschen heute noch Bewegung lernen, wenn sie ihnen überall verboten wird? Man muss verstehen, dass Kinder schon möglichst früh Fähigkeiten wie laufen, springen, werfen und fangen lernen müssen. Denn das sind die grundlegenden Fertigkeiten für alle anderen Sportarten.

Jeder Mensch hat einen natürlichen Bewegungsdrang, bei Kindern ist er noch besonders ausgeprägt. Wer früh die Freude am Sport entdeckt, bleibt meist sein ganzes Leben lang körperlich aktiv. Regelmäßiger Sport in den Bildungseinrichtungen muss den Pädagogen aber auch vom Gesetzgeber ermöglicht werden. Durch eine entsprechende Ausbildung und gesetzlichen Schutz. Ebenso müssen auch gut qualifizierte Trainer aus den Vereinen an unseren Schulen einen Beitrag zu den täglichen Bewegungseinheiten leisten dürfen.

Mindestens eine Stunde Bewegung täglich muss vom Kindergarten bis hin zum Seniorenheim möglich sein. Wo Menschen sind, sind auch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie sich bewegen und Sport betreiben können.

Österreich ist leider in vielen Bereichen ein sportliches Entwicklungsland. Daran haben weder die Sportler, noch die Funktionäre Schuld, die engagiert und fleißig arbeiten. Verantwortlich ist eine Politik, die sich zwar mit sportlichen Erfolgen schmücken will, überall in der ersten Reihe sitzt und in die Kameras lächelt, sich aber dann abwendet, wenn die Erfolge ausbleiben und sich keine positive Schlagzeile machen lässt. Die österreichischen Sportler sind oft trotz, und nicht wegen der Politik erfolgreich – umso höher muss man die Leistungen bewerten, die österreichische Athleten erbringen. Ein Beispiel dafür sind die bürokratischen Hürden, die zu überwinden sind, wenn ein Sportler um Förderungen ansuchen will. Diese Bürokratie muss drastisch vereinfacht werden.



---

## 14

### GESUNDHEIT

---

Die Gesundheit ist das wertvollste Gut jedes Menschen. Es steht weit über allen materiellen Dingen. So ist auch das Gesundheitssystem eines der wichtigsten Fundamente eines Landes, das jedoch bei uns von unzähligen Verwaltungsebenen überverwaltet wird. Damit wird viel Geld verschwendet, das dann im Gesundheitswesen und damit den Bürgern fehlt.

Das Gesundheitssystem muss langfristig finanzierbar bleiben und für die österreichische Bevölkerung die optimale Versorgung sicherstellen. Wir müssen weg von einem System, das sich fast ausschließlich auf die Wiederherstellung von Gesundheit spezialisiert hat, hin zu Bemühungen die Menschen gesund zu erhalten. So wird eine weitere Explosion der Gesundheitskosten abgewandt und auch die Qualität des Systems für Bürger und Staat verbessert.

Die Grundversorgung muss in einem einheitlichen staatlichen Gesundheitssystem überall und solidarisch gewährleistet sein. Privater Wettbewerb soll unter fairen Voraussetzungen zugelassen werden, sowohl was Gesundheitseinrichtungen, als auch was Versicherungen anlangt. Wir sind für eine gesetzliche Grundversicherung, aber die Bürger sollen sich die Versicherung für Zusatzleistungen mit dem besten Angebot frei aussuchen können. Für die Grundversorgung gibt es nur mehr eine österreichische Gesundheitsversicherung, um Verwaltungskosten einzusparen und die Finanzierung transparent zu machen.

Der Staat soll öffentliche Preise bestimmen, zu denen sowohl Diagnose als auch Behandlung im öffentlichen System angeboten werden. Jeder private Anbieter soll, natürlich unter strengen Qualitätsregeln und auf eigene Kosten, Genehmigungen für die Errichtung von Einrichtungen zur Diagnose und Behandlung erhalten. Die öffentliche Hand garantiert die Rückerstattung eines Honoraranteils für privat erbrachte Leistungen aus dem öffentlichen Leistungskatalog zu festgelegten Tarifen und für alle.

Durch den Wettbewerb steigt die Qualität der Leistung, und es gibt weniger Ineffizienzen, die teuer sind und Steuergeld verschwenden. Der Bürger soll das Recht haben, dort hinzugehen, wo er glaubt, dass die Leistung am besten ist. Jeder Bürger muss über Kosten und Beiträge informiert sein und diese verstehen. Dafür brauchen wir ein persönliches Gesundheitskonto. Eine echte Reform des Gesundheitssystems ist über den direkten Nutzen für jeden Einzelnen hinaus schon aus Kostengründen unumgänglich.

#### **Wettbewerb im Gesundheitssystem – bessere Leistung, bessere Preise.**

Krankenhäuser müssen staatlich unabhängige gemanagte Verbände mit Budget- und Kostenverantwortung werden. Die niedergelassene Medizin und der Prä-Hospitalbereich müssen gestärkt und verbessert sowie die Errichtung von Schwerpunktzentren vereinfacht werden. Wir setzen uns für einen Abbau der Bürokratie und sinnvollen Einsatz von technischen Hilfsmitteln im Gesundheitswesen ein. Die privat finanzierte Gesundheitsversorgung („Sonderklasse“, Wahlarztwesen, Naturheilkunde etc.) ist grundsätzlich Teil des Gesundheitswesens und als notwendiger Partner zu betrachten. Wir sind für eine freie Niederlassung für alle Gesundheitsdienstleister und Betriebe (Krankenhäuser, Ordinationen etc.) bei gegebener Qualifikation. Durch den Wettbewerb steigt die Qualität der Leistung.



Strenge Qualitätskriterien sind verbindlich zu erfüllen und müssen von einer unabhängigen Institution kontrolliert werden. Die qualitative Ausbildung in den Gesundheitsberufen ist zu verbessern und auf internationales Niveau anzuheben.

Wir treten für die Liberalisierung der Anstellung von Ärzten bei Ärzten und Erleichterung der Bildung von Ärztezentren, Gruppenpraxen und ambulanten (Spezial-)Versorgungszentren ein.

**Die Ärzte sind die tragenden Säulen unseres Gesundheitssystems. Viele, vor allem junge Ärzte, arbeiten für geringe Einkommen mit vielen Tages- und Nachtstunden. Wir treten für verbesserte Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung für unsere Ärzte ein!**

#### **Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention:**

Durch den demografischen Wandel ist ein Gesundheitssystem, das sich fast ausschließlich auf die Wiederherstellung von Gesundheit spezialisiert hat, nicht mehr finanzierbar. Neben den Anstrengungen im Bereich der Gesundheitserhaltung sind insbesondere im Bereich der Krankheitsfrüherkennung und ganzheitlichen Therapie Verbesserungen anzustreben.

Informationen, wie man Gesundheit erhalten kann, müssen in verständlicher Form angeboten werden. Außerdem müssen Programme entwickelt werden, die die Bevölkerung unterstützen, diese Informationen umzusetzen. Dadurch steigen die Lebenserwartung und die gesunden Lebensjahre der Bürger.

Arbeitgeber sollen Anreize für Beitragsreduktionen erhalten: Gesundheitsfördernde Betriebe mit signifikant weniger Krankenständen erhalten einen Bonus. Die Mittel aus gesundheitsschädlichen Produkten, insbesondere die Tabaksteuer, müssen zweckgebunden und transparent dem Gesundheitswesen zugewiesen werden. Risikogeneigte Verhaltensweisen der Bürger müssen in Zukunft privat zusatzversichert werden. Private Hochrisiken sollen nicht mehr auf die Allgemeinheit abgewälzt werden können.

#### **Gesundheitskonto**

Jeder Bürger erhält ein Gesundheitskonto, auf das er monatlich eine „Gesundheitsprämie“ einzahlt. Für unselbstständig Erwerbstätige wird dieser Betrag vom Arbeitgeber automatisch für den Arbeitnehmer eingehoben.

Für die Bemessung gibt es einen Freibetrag (sozial Schwache, Kinder, etc.) und einen Höchstbetrag des Einkommens. Dazwischen wird ein einheitlicher prozentueller Satz zur Berechnung der Gesundheitsprämie definiert. Die Höhe dieses prozentuellen Satzes für die Gesundheitsprämie ist abhängig von den jährlichen Gesamtkosten der Gesundheitsversorgung Österreichs. Durch das Gesundheitskonto werden für jeden Bürger die Beiträge und Ausgaben für Gesundheit transparent. Jeder, der gesund lebt und dadurch weniger Kosten verursacht, soll Geld zurückbekommen (Bonussystem). Eigenverantwortung spart Geld für die Bürger und den Staat!

#### **Reform der Finanzierung: Alles aus einer Hand**

Die neue Finanzierung erfolgt zukünftig aus einer Hand. Sämtliche notwendige medizinische und pflegerische Leistungen, egal ob stationär oder ambulant erbracht, werden über eine einzige Verwaltungseinheit abgerechnet:

#### **Österreichische Gesundheitsversicherung (ÖGV)**

Wir setzen uns für eine schrittweise Zusammenführung aller Verwaltungs- und Finanzierungsebenen (Kassen, Bund, Länder, Gemeinden) im Gesundheitswesen zur „ÖGV“ ein. Dies bedeutet eine enorme Kostenersparnis. Dadurch bilden wir eine echte österreichweite Gesundheitsversicherung, in der alle Bürger integriert sind und die für eine optimale Gesundheitsversorgung verantwortlich ist.



Dieser neue nationale Trust wird weitgehend unabhängig handeln und ist jedenfalls für die Einhebung, Verwaltung und Verteilung der Mittel im gesamten Gesundheitswesen zuständig. Jeder Staatsbürger ist vollberechtigtes Mitglied der ÖGV und in letzter Konsequenz auch an den Kosten und natürlich an den Einsparungen beteiligt. Dadurch wird das Verantwortungsgefühl bei den Bürgern gesteigert.

Die ÖGV ist also ihrem Wesen nach eine österreichweit agierende Serviceeinrichtung für den Einzelnen und die Allgemeinheit. Sie finanziert und steuert die notwendigen Gesundheitsleistungen für den Bürger. Die ÖGV ist aber nicht nur Finanzverwalter, sondern auch Berater im System. Jeder Staatsbürger und Hilfesuchende kann von der ÖGV rund um die Uhr erfahren, wo welche medizinische Einheit im Dienst ist und wo er mit welchem Leiden hingehen kann. Weiters besteht ihre Aufgabe auch in der Schaffung eines Kosten- und Gesundheitsbewusstseins in der Bevölkerung.

Die ÖGV besitzt weder Spitäler noch Ambulatorien noch führt sie solche. Sie ist selbst kein Leistungserbringer, sondern sie kauft ihre Leistungen für die ÖGV-Mitglieder auf dem öffentlichen und privaten Gesundheitsmarkt ein. Von der ÖGV wird ein österreichweit einheitlicher,

jährlich aktualisierter Leistungskatalog für Diagnosen und Therapien nach internationalen Gegebenheiten mit zugehörigen fairen Honoraren erstellt.

Die ÖGV wird von parteipolitisch unabhängigen Experten geführt. Es gibt verantwortliche Geschäftsführer, Aufsichtsräte und regelmäßige Berichtspflichten. Kontrollinstanzen der ÖGV sind das Parlament und der Rechnungshof.

Bei unwirtschaftlicher oder unethischer Gebarung sind Sanktionen möglich.

Die jetzige undurchsichtige Mittelaufbringung über gestaffelte und unterschiedliche Beiträge, Steuermittel und sonstige Gelder wird somit transparent.

Eine klare und transparente Bündelung der Beitrags- und Steuermittel wird erst durch die Installation der ÖGV und eines Gesundheitskontos ermöglicht.

**Wir setzen uns dafür ein, dass auch unsere Kinder noch ein leistbares, qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem zur Verfügung haben! Das Team Stronach ist die Gesundheitspartei Österreichs!**



## 15 PENSIONEN

Unser Pensionssystem befindet sich vor dem Zusammenbruch! Immer mehr Pensionisten stehen immer weniger Beitragszahlern gegenüber. Die Lebenserwartung der Leistungsempfänger steigt zum Glück jedes Jahr an, verschärft aber dadurch den Kostendruck zusätzlich. Alle Pensionsexperten schlagen schon seit Jahrzehnten Alarm. Wenn unser Pensionssystem für uns und unsere Kinder noch funktionieren soll, müssen wir sofort Maßnahmen einleiten, um es langfristig zu erhalten.

Das aktuelle System ist unfair und intransparent. Es soll keine Klassenunterschiede von Bürgern geben, für alle Arbeitnehmer – also Arbeiter, Angestellte und Beamte – sollen grundsätzlich die gleichen Regeln gelten, so wie für alle auch die Menschenrechte gleichermaßen gelten.

In erster Linie müssen Anreize geschaffen werden, um das faktische Pensionsantrittsalter an das gesetzliche heranzuführen. Es sollte Anreize für interessierte ältere Menschen geschaffen werden, länger aktiv zu bleiben: Wenn jemand nach dem 65. Lebensjahr arbeitet, sollten für den Arbeitgeber deutlich reduzierte Lohnnebenkosten anfallen und für den Arbeitnehmer sollte es eine Steuervergünstigung oder überhaupt eine Einkommenssteuerbefreiung auf das Einkommen geben, das höher ist, als es die Pension wäre. Leistung soll sich lohnen.

Ältere Arbeitnehmer würden weiterhin in das Arbeitsleben miteinbezogen sein, zur Wertschöpfung beitragen und könnten einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen, die ihnen Freude bereitet und hätten mehr Einkommen zur Verfügung. Auch für die Wirtschaft wäre diese Regelung ein großer Zugewinn: Die Arbeitgeber hätten erfahrene und verlässliche Mitarbeiter, die sie vergleichsweise wenig kosten.

In weiterer Folge muss ein faires Pensionskonto eingeführt werden, das auf die demografischen Entwicklungen Rücksicht nimmt und viele Menschen zum Arbeiten jenseits der 65 Jahre motiviert. Ferner muss die Höhe der Pension auf die statistisch zu erwartende Lebenserwartung Rücksicht nehmen. Ein Pensionskonto ermöglicht jedem selbst zu entscheiden, wann er in Pension gehen will. Auch die Pensionshöhe ist dadurch absolut transparent und hilft, die individuelle Lebensplanung in Eigenverantwortung zu steuern. Durch ein faires Pensionskonto wird gewährleistet, dass der Pensionsanspruch von jedem Einzelnen selbst erwirtschaftet wurde.

Durch das faire Pensionskonto wird die Eigenverantwortung des Einzelnen gestärkt, das System langfristig erhalten und ein zu früher Pensionsantritt unattraktiv. Jeder Bürger soll wissen, wie viel Geld er schon für seine Pensionsvorsorge eingezahlt hat.

Um dem fairen Pensionskonto zum Durchbruch zu verhelfen, müssen im Bereich Gesundheit und Arbeitsmarkt flankierende Maßnahmen gesetzt werden. Ein tendenziell längerer Verbleib im Erwerbsleben setzt sowohl gute Gesundheit als auch einen verfügbaren Arbeitsplatz voraus. Vor allem in diesen Bereichen und im Sinne des „lebenslangen Lernens“ sind besondere Anstrengungen notwendig.

**Unser künftiges Pensionssystem soll fair, transparent und vor allem sicher sein!**



16

## SOZIALES UND WOHNEN

Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns! Es ist eine Schande, dass in einem wohlhabenden Land wie Österreich immer mehr Menschen von existenzieller Armut betroffen sind. Nicht nur Alleinerziehende, mittlerweile können sich auch immer mehr Pensionisten, aber auch Jungfamilien, teilzeit-, und sogar vollzeitbeschäftigte Menschen ihren Lebensunterhalt nicht mehr ausreichend finanzieren.

Ein Land kann man daran bemessen, wie sich die Gesellschaft um jene Mitmenschen kümmert, die sich aus irgendeinem Grund selbst nicht helfen können. In einer zivilisierten Gesellschaft soll niemand hungrig oder ohne Obdach sein.

Die Würde jedes Menschen ist unabhängig von seinem sozialen Status zu bewahren!  
Wir bekennen uns zu einer Grundversorgung für alle Bürger. Wir wollen, dass die Sozialleistungen dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Deshalb muss die Treffsicherheit im System gewährleistet sein. Wir brauchen Transparenz im System, um zu erkennen, wo reeller Bedarf besteht, wo finanzielle Hilfe notwendig ist. Jeder Bedürftige soll eine Sozialkarte bekommen, mit der er Lebensmittel und Mietkosten bezahlen kann. Jeder Bürger ist dahingehend zu motivieren, entsprechend seiner Möglichkeiten einen Beitrag zum Wohl der Gemeinschaft zu leisten. Transfer- und Sozialleistungen dürfen nicht dazu führen, mögliche Beschäftigungen nicht anzunehmen, weil sich dadurch die finanzielle Situation nicht wesentlich verändert.

Die Eigenverantwortung muss wieder stärker ins gesellschaftspolitische Bewusstsein gerückt werden. Wir wollen weniger Abhängigkeit vom Staat, auch in der Wohnungssituation: **Mieter von Gemeindewohnungen sollen das Recht und durch einen günstigen Kredit die Möglichkeit haben, ihre Wohnung zu attraktiven Konditionen als Eigentum zu erwerben. Viele Menschen wünschen sich ein eigenes Heim – und wir wollen dabei helfen, das zu ermöglichen.** Alleine in der Stadt Wien könnten die Einnahmen durch den Verkauf von Gemeindebauten viel zum Schuldenabbau beitragen, oder es könnte in sinnvolle Infrastrukturmaßnahmen, wie z.B. Parkhäuser, investiert werden.

Die soziale Harmonie ist die Grundlage für eine zivilisierte Gesellschaft. Jeder, der in seinem Leben schon einmal Hunger leiden musste, weiß, wie tiefe Spuren das in der Erinnerung eines Menschen hinterlässt. Armut verursacht materielles und seelisches Leid. Niemand soll das erdulden müssen. Was eine Gesellschaft wert ist, zeigt sich daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. In Österreich wird zu viel Energie darauf gerichtet, die Armut und Arbeitslosigkeit zu verwalten und zu beschönigen, statt sie zu bekämpfen. Damit werden die Menschen in einem hilflosen Zustand gehalten. Richtig wäre es stattdessen, alles dafür zu tun, dass sich diese Menschen wieder aus eigener Kraft etwas aufbauen können.

Für jeden Menschen steht das eigene Schicksal an erster Stelle. Nur wer genug zu essen, eine Wohnung und eine Zukunftsperspektive hat, verfügt auch über die nötige Freiheit, sich im Dienste der Gesellschaft einzubringen. Von einem Amt zum nächsten geschickt zu werden und als Bittsteller auftreten zu müssen, ist eine demütigende Erfahrung. Wir wollen dafür sorgen, dass notleidende Menschen nicht zu Opfern von Willkür werden, sondern korrekt behandelt werden.



Im Sozialsystem gibt es - wie in vielen anderen Bereichen - unzählige komplizierte Regeln, mit denen sich viele Menschen nicht zu Recht finden. Es wäre für alle das Beste, wenn die Sozialleistungen nur von einer Stelle verwaltet werden und jeder ganz genau weiß, was ihm zusteht. Gerade im Sozialwesen ist eine einfache Lösung immer besser als eine komplizierte. Denn wer unbürokratisch hilft, hilft doppelt.

Alle Menschen haben einen Anspruch auf menschliche und faire Behandlung. Fairness heißt aber auch, das Sozialsystem nicht auszunutzen. Wer sich mehr vom Staat holt, als ihm eigentlich zusteht und als er braucht, schädigt die Gesellschaft und bereichert sich auf Kosten derer, die wirklich Hilfe nötig haben. Das ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine schwere Verfehlung. All jenen, die sich selbst nicht helfen können, muss die Gesellschaft zur Seite stehen. Wir verstehen das als unsere moralische Verpflichtung.

Die Kluft zwischen Arm und Reich muss verringert werden. Freiheit ist immer ein großes Stück weit auch ökonomische Freiheit. Jeder spürt das besonders dann, wenn seine Freiheit eingeschränkt ist. Der wirkungsvollste Schutzschild gegen Armut ist faire Arbeit - wir wollen diesen Schutz ermöglichen.



---

**17**

## **FAMILIE UND GESELLSCHAFT**

---

Die Familie ist der Kern und die Keimzelle der Gesellschaft. Sie ist die kleinste natürliche Form der Gemeinschaft. In der Familie lernen wir zu vertrauen, zu lieben, die Meinung anderer zu akzeptieren, Verantwortung zu übernehmen, Kompromisse einzugehen, Autoritäten zu respektieren aber auch, uns von Autoritäten zu emanzipieren.

In vielen entwickelten Volkswirtschaften fehlt es an Nachwuchs, so auch in Österreich. Die Geburtenrate sinkt immer weiter und die Überalterung der Gesellschaft ist nicht aufzuhalten. Trotz vieler familienfreundlicher Förderungen ist der Trend zu weniger Kindern ungebrochen. Aus gesellschaftspolitischer Sicht sind deshalb zwei Überlegungen anzustellen: Wie können wir den Geburtenrückgang stoppen und wie gleichen wir die geburtenschwachen Jahrgänge der Vergangenheit am Arbeitsmarkt der Zukunft aus?

Wir brauchen rechtliche, soziale und ökonomische Rahmenbedingungen, die es den Bürgern, die gerne Kinder bekommen möchten, ermöglichen sollen, diese Entscheidung zu treffen. Eltern müssen frei entscheiden können, wie sie ihren Haushalt führen, wie sie ihre Kinder bis zur Schulpflicht erziehen, wie sie sich die verschiedenen familiären Aufgaben untereinander aufteilen und welche staatlichen oder privaten Einrichtungen sie gerne zu einer etwaigen Unterstützung nutzen möchten. Alleinerziehende brauchen entsprechende Unterstützung.

Unser Ziel ist es, die besten Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Familien es in Zukunft spürbar leichter haben – auch steuerlich: Familien können ab zwei Kindern in die Familienbesteuerung wechseln, das heißt, die Einkommen der Familie werden gemeinsam versteuert.



---

## 18 FRAUEN

---

Insgesamt leben in Österreich mehr Frauen als Männer. Alleinerzieher sind hingegen zum überwiegenden Teil Frauen: Jede neunte Frau im Alter von 40 bis 49 Jahren ist eine alleinerziehende Mutter! Der Anteil der ausschließlich haushaltsführenden Frauen hat sich in den letzten 50 Jahren auf ein Drittel reduziert.

Obwohl sich der Anteil der Frauen ohne über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss in den letzten Jahrzehnten deutlich verringert hat, bestehen nach wie vor viele Benachteiligungen von Frauen. Prinzipiell stehen alle Ausbildungsrichtungen beiden Geschlechtern offen, dennoch kann man starke geschlechtsspezifische Unterschiede in den berufsbildenden Schulen und der Lehrlingsausbildung erkennen.

Frauen tragen eine besondere Last in unserer Gesellschaft und sind oftmals benachteiligt. Das ist unfair.

**Wir wollen die Stellung der Frau im Berufsleben stärken. Gleiche Arbeit – gleicher Lohn!**

Viele Frauen sind Mütter und leisten dadurch auch einen sehr wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft. Es gibt derzeit leider viele soziale Probleme und auch Armut, ganz besonders bei alleinerziehenden Müttern. Die Regierung nimmt diese Probleme nicht ernst und verschwendet an anderer Stelle Unmengen von Steuergeld.

Eine der größten Herausforderung für Frauen ist das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir brauchen in unserer Gesellschaft Strukturen, die es Frauen ermöglichen, eine bessere Balance zwischen Arbeit und Familie zu finden und wollen Frauen besonders unterstützen. Insbesondere sind wir für den Ausbau von Schulen für ganztägige Kinderbetreuung, die gut ausgestattet sind mit Lern- und Sporteinrichtungen, wo die Kinder zumindest eine gesunde Mahlzeit pro Tag bekommen.

**Wir wollen Strukturen schaffen, die Frauen besonders unterstützen!**



**19**

## **ZUWANDERUNG UND ASYL**

In Hinblick auf die demografische Situation und den Mangel an spezialisierten Arbeitskräften in der Wirtschaft treten wir für eine sinnvolle und gesteuerte Zuwanderung ein. Wobei der Ansatz der Vergangenheit, durch Zuwanderung in erster Linie die Lebensumstände der Zuwanderer zu verbessern, überholt ist.

Zuwanderung soll, wie in vielen anderen Ländern, nach Bedarf organisiert werden. Zuwandern kann, wer in Österreich gebraucht wird und einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten kann. In diesem Zusammenhang muss von jedem Zuwanderer eine grundsätzliche Leistungsbereitschaft erwartet werden. Zuwanderung, ohne einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten, ist abzulehnen.

Der Bereich Asyl muss strenger gehandhabt werden, um zu verhindern, dass Menschen ohne ausreichenden Asylgrund in Österreich verbleiben. Asylverfahren sind beschleunigt und konsequent zu handhaben.

In einer zivilisierten Gesellschaft darf niemand zum Sündenbock gestempelt werden. Vor allem nicht in einer Debatte, die so emotional geführt wird, wie jene um die Zuwanderung. Menschen gegeneinander auszuspielen ist gefährlich und unverantwortlich. Das Hauptproblem liegt nämlich an ganz anderer Stelle: Denn das Hauptproblem liegt im System.

Schon vor vielen Jahrzehnten hätten sich die Politiker in Österreich überlegen müssen, wie sie mit dem Thema Zuwanderung umgehen wollen.

Weil das nicht passiert ist, kommt es jetzt zu vielen Problemen. Eine faire und transparente Zuwanderungspolitik, die sich an der aktuellen wirtschaftlichen Situation orientiert, ist für alle Beteiligten die beste Lösung. Die meisten Menschen, die schon vor vielen Jahren nach Österreich gekommen sind, die Sprache gelernt haben,

hier arbeiten und hier leben, sehen das genauso. Kulturelle Vielfalt kann für eine Gesellschaft eine große Bereicherung sein. Entscheidend ist, dass die Regeln der Fairness eingehalten werden. Wer nach Österreich kommt, muss sich mit unserer demokratischen Gesellschaftsordnung identifizieren und sich an unser Rechtssystem halten. Auf der anderen Seite sollen diese Menschen auch erwarten dürfen, dass Ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet wird. Gelingende Integration beruht auf einem wechselseitigen Entgegenkommen und einer Identifikation mit einem Österreich, in dem das Gemeinsame vor das Trennende gestellt wird.

Wir wollen die Zuwanderung sachlich bestmöglich und unter strengen Kriterien handhaben und dabei auch in familiären Härtefällen Herz zeigen.

Das Team Stronach spricht sich entschieden gegen jede Form der Diskriminierung aus, besonders auch hinsichtlich des Geschlechts, der religiösen Überzeugung, der Herkunft und der sexuellen Orientierung. Gewalt und Hetze haben in unserer Gesellschaft nichts verloren – wir stehen für eine Kultur des friedlichen und wertschätzenden Miteinanders.

**Wir setzen uns für ein gutes, geregeltes Miteinander und soziale Harmonie ein.**



---

## 20 UMWELT

---

Umweltpolitik ist kein Nischenthema mehr. Umweltpolitik lässt sich auch nicht auf eine politische Farbe konzentrieren. Umweltpolitik ist heute vielfältiger denn je zuvor. Unsere unmittelbare Lebensumgebung verdient größte Aufmerksamkeit, jenseits allen politischen Hickhacks.

Unsere Gesellschaft muss ein neues Verständnis für die Umweltpolitik entwickeln.

Wir sind für die Errichtung einer hoch spezialisierten Universität mit Experten aus den Naturwissenschaften und der Wirtschaft, die gemeinsam mit den besten Studenten zukunftsweisende Umwelttechnologien erarbeiten. Es sollen neueste Erkenntnisse zu den Schwerpunktthemen Wasser, Energie, Luft und Ernährung gewonnen und umgesetzt werden. So könnte Österreich eine absolute Vorreiterrolle in der Umwelttechnologie einnehmen.

Umwelt ist immer auch der ganz persönliche Lebensbereich. Es gibt auch die lokale Verpflichtung, für den Schutz unserer Lebensumgebung einzutreten. Eines dürfen wir nicht vergessen: Die Schönheit unseres Landes bedeutet nicht nur ein Mehr an Lebensqualität für uns, sondern ist auch für viele Gäste aus anderen Ländern einer der wesentlichsten Gründe dafür, Österreich als Urlaubsdestination zu wählen. Die heimische Energiegewinnung ist ein Weg zu mehr Wohlstand, Wachstum, Beschäftigung und Unabhängigkeit!

Wir wollen einen Beitrag zum globalen Umweltschutz leisten. Mit der Erforschung erneuerbarer Energien, alternativer Fortbewegungskonzepte, und sparsamem Energieeinsatz kann Österreich weltweit viel bewegen. Neue und umsetzbare Ideen in diesen Bereichen bringen mehr, als viele internationale Konferenzen, die immer wieder scheitern.

### **Wasserkraft in Österreich**

Österreich spielt zwar schon heute eine Vorreiterrolle bei den erneuerbaren Energien. Dies ist vor allem der heimischen Wasserkraft zu verdanken, die 60 Prozent des heimischen Strombedarfs abdeckt. Speicher- und Pumpspeicherkraftwerke können kurzfristig große Mengen Strom ins Netz liefern, um Verbrauchsspitzen abzudecken. Sie können auch dann einspringen, wenn die Stromproduktion aus Wind oder Fotovoltaik stark schwankt. Österreich verfügt über 14 Prozent der europäischen Pumpspeicherkapazität und ist damit eine „grüne Batterie“ im Herzen Europas.

Die Rolle der österreichischen, erneuerbaren Energiequellen muss jedoch in Zukunft noch besser genutzt werden! Dazu ist neben der Schaffung eines positiven Investitionsumfeldes auch eine Beschleunigung der bürokratischen Genehmigungsverfahren erforderlich.

Die Zukunft der heimischen wie europäischen Energieversorgung liegt in den erneuerbaren Energien. Neben Wasserkraft, größeren Windparks und Fotovoltaikanlagen werden zukünftig tausende kleine Stromproduzenten, verteilt über die ganze Fläche des Landes, immer mehr Strom in die Netze einspeisen als Ergänzung für die großen Kraftwerke. Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfordert massive Investitionen in die Netze.

Die Hochleistungsnetze der Zukunft müssen in der Lage sein, die Stromproduktion aus tausenden kleinen Anlagen in den Regionen aufzunehmen und einen regionalen Ausgleich zu schaffen. Um dies zu schaffen, müssen Leitungen gezielt verstärkt werden und neue Leitungen dort errichtet werden, wo dies notwendig ist. Dies betrifft sowohl die regionalen Stromnetze (Verteilerleitungen) als auch die überregionalen Netze (Transportnetze).

Der Umbau des Energiesystems soll getrieben durch die Innovationskraft der Wirtschaft und die freie Wahl der Konsumenten erfolgen, und nicht durch Zwang, Abgaben und unwirtschaftliches Fördersystem bestimmt werden.



---

**21**

## **TIERSCHUTZ**

---

Derzeit werden Tiere im Gesetz als Sachen betrachtet. Tiere sind aber keine Sachen, sondern Lebewesen. Wir sind dafür, dass Tiere als Lebewesen im Gesetz anerkannt werden.

Tiere sind den Menschen untergeordnet und wurden seit jeher als Nahrung für uns Menschen herangezogen. Die Tatsache, dass sie uns untergeordnet sind, legt uns aber dennoch die Pflicht auf, sie als Mitgeschöpfe zu respektieren und keinesfalls grausam ihnen gegenüber zu sein. Darauf wollen wir besondere Rücksicht nehmen. Tierschutz ist für uns ein Herzensanliegen. Wir sind für eine Verbesserung der österreichischen Tierschutzgesetze. Wir wollen Tiere vor jedem unnötigen Leid bewahren.

Insbesondere wollen wir sehr strenge Regelungen, was Tiertransporte zu Schlachtzwecken anlangt, einführen: Wir erlauben keine Tiertransporte aus dem Ausland durch unser Land. Darüber hinaus sind wir für eine strenge Kennzeichnungspflicht, sodass der Konsument auf den ersten Blick erkennt, aus welchem Land das Tier, dessen Fleisch er möglicherweise kaufen will, stammt. Wo Österreich draufsteht, muss Österreich drinnen sein.

Wir befürworten die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden an österreichische Tierschutzorganisationen.

Schließlich brauchen wir auch ein strenges Tierversuchsgesetz. Tierversuche sollen nur unter sehr engen und strengen Kriterien und unter Veröffentlichung der Versuche nur für medizinische Zwecke, und nicht mehr für kosmetische Zwecke, genehmigt werden. Es sollen möglichst Alternativen zu Tierversuchen gefunden und angewendet werden. Darüber hinaus sprechen wir uns für die Einrichtung einer Ombudsschaft für Versuchstiere aus. Die Ombudsschaft soll Kontrollen durchführen können und in allen Verwaltungsstrafverfahren Parteistellung haben.



Eine der wichtigsten Kernaufgaben des Staates ist es, für Sicherheit zu sorgen. Jeder Bürger kann erwarten, dass der Staat die Gesetze konsequent überwacht und seine Bürger vor Verbrechen schützt. Ein Staat, der diese Kernaufgabe nicht oder nicht ausreichend erfüllt, verliert das Vertrauen der Bürger. Die Sicherheitslage in Österreich hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verschlechtert. Einsparungen, der Wegfall von Grenzkontrollen und Organisationsschwierigkeiten haben dazu geführt, dass die Polizei ihren Aufgaben immer weniger nachkommen kann. Wir wollen die Polizei von allem entlasten, was nicht der Erhaltung der inneren Sicherheit dient.

Für uns ist eine starke Präsenz der Exekutive auch in den Nachtstunden eine wichtige Voraussetzung für mehr Sicherheit. Mehr als zwei Drittel aller Polizeieinsätze entfallen auf die Ahndung von Verwaltungsübertretungen, Geschwindigkeitsüberschreitungen, Lärmbelästigungen und Falschparken. Das bindet sehr viel Kapazität und könnte zu geringeren Kosten von einem Ordnungsdienst übernommen werden.

Aus diesem Grund streben wir einen unbewaffneten Ordnungsdienst an, der mit einer kurzen, aber ausreichenden Ausbildung Verwaltungsübertretungen verfolgt. Für die Polizei werden dadurch freie Kapazitäten geschaffen, die in die Verbesserung der Sicherheitslage in Österreich investiert werden können.

Auch im Verwaltungsbereich müssen moderne Organisationsstrukturen eingeführt werden. Der Exekutivbeamte, der sich stundenlang an der Tastatur quält, muss der Vergangenheit angehören. Eine moderne Büroorganisation ist auch bei der Polizei anzustreben. Wir wollen eine modern organisierte Polizei, die für Recht und Ordnung sorgen kann und dem Bürger das Vertrauen in den Staat zurückgibt. Um zu mehr Sicherheit zu gelangen, dürfen modernste Fahndungs- und Aufklärungsmethoden kein Tabu sein. Das international organisierte Verbrechen hat in den letzten Jahren stark aufgerüstet. Es gilt hier eine

Balance zu finden zwischen dem Bedürfnis der Bürger nach Datenschutz und Sicherung ihrer Privatrechte und -sphäre und der Nutzung der bestmöglichen Methoden zur gezielten Verbrechensaufklärung.

Sicherheitspolitik muss in Zukunft weiter gefasst werden und nicht bei der Exekutive und der Kriminalitätsbekämpfung Halt machen. Die Sicherung von Lebensgrundlagen, die mittlerweile als selbstverständlich gelten, sollte wieder stärker ins allgemeine Bewusstsein rücken. Dazu zählen vor allem die Nahrungsmittelsicherheit, eine stabile Energieversorgung sowie die Förderung sozialer Harmonie. Diese Bereiche können und sollen nicht von der Exekutive abgedeckt werden. In den zuständigen Ministerien sind jedoch Pläne für die Bewältigung solcher Herausforderungen zu entwickeln.

Die Entwicklungen in einigen EU-Mitgliedsstaaten zeigen deutlich, dass ohne eine ausreichende und funktionierende Grundversorgung die innere Sicherheit eines Landes rasch in eine Schieflage geraten kann. Aus diesen Gründen treten wir für einen umsichtigen und weitgefassten Sicherheitsbegriff und Reformen ein, die auch durchaus aus bewährten Systemen aufgebaut sein können:

Auf den Polizeiinspektionen in den ehemaligen Polizeibereichen sollten lediglich so genannte Kleinkriminalitätsdelikte, die einfach zu administrieren sind, erledigt werden: Ladendiebstahl, einfache Körperverletzung und Sachbeschädigungen mit bekannten Tätern. In allen anderen Fällen erfolgt lediglich eine Anzeigenaufnahme mit anschließender Weiterbearbeitung und Enderledigung durch die Kriminalpolizei.

Durch einfache organisatorische Änderungen (zum Teil auch durch Rückführung auf bewährte Systeme) gibt es eine wesentliche Dienstleistungsverbesserung bei gleichzeitiger Motivationsförderung der Mitarbeiter, und das bei gleichbleibendem Personalstand! Durch einfache organisatorische Maßnahmen kann der Sicherheitsapparat gestärkt und optimiert, Arbeitsabläufe gestrafft und Kommunikationswege verkürzt werden.



**23**

## **DIENST FÜR DIE GESELLSCHAFT UND LANDESVERTEIDIGUNG**

Erfreulicherweise gibt es viele Mitglieder bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Sport-, Kultur- und anderen Sozialvereinen. Wir schätzen Menschen, die sich aus Idealismus und Freude an ihrem Beitrag für die Gesellschaft freiwillig und unbezahlt in den Dienst der Gesellschaft stellen.

Leider ist die letzte Wirtschaftskrise noch nicht vorbei. Das Geldsystem funktioniert nicht mehr, eine gravierende Inflation steht uns wahrscheinlich bevor. Es ist wichtig, schon jetzt Vorsorge dafür zu treffen, dass die Jugendlichen nach dem Schulabschluss eine sinnvolle Beschäftigung haben. Oft ist es schon jetzt schwierig für junge Menschen, Arbeit zu finden.

Wir wollen den Wehrdienst völlig reformieren und modernisieren: Junge Leute sollen für den Dienst mit der Waffe, für verschiedene technische und handwerkliche Tätigkeiten und insbesondere auch für Katastropheneinsätze ausgebildet werden.

Darüber hinaus können sich junge Menschen zu einem freiwilligen, zweijährigen bezahlten Dienst melden – sofern sie laut Stellung geeignet sind. Daneben muss es auch die Möglichkeit zu einem ebenso zweijährigen, freiwilligen Zivildienst geben. Zusätzlich zur Grundausbildung soll auch Weiterbildung in zukunftsträchtigen, von der Wirtschaft nachgefragten Bereichen angeboten werden. Diese beiden Jahre sind für die Pensionszeiten anzurechnen.

Wir wollen unsere Rolle als neutrales Land innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur selbstbewusst wahrnehmen. Wir leisten einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in Europa. Die Aufgaben der Landesverteidigung haben sich historisch gewandelt. Es ist Zeit, darauf zu reagieren.

Wir wollen ein möglichst schlagkräftiges und optimal einsetzbares Bundesheer. Unsere Soldaten müssen bestmöglich und modern ausgerüstet sein. Und dies vor allem auch für Katastropheneinsätze.

Für uns hat die Freiwilligenarbeit einen besonderen Stellenwert, weil ihre Vorbildwirkung einen enormen Mehrwert schafft. Vor allem die Politik ist gefordert, von diesen Menschen zu lernen. Wir fühlen uns den vielen Freiwilligen in Österreich besonders verbunden, weil wir Politik als Dienst an der Gesellschaft verstehen und nicht als eine Möglichkeit, sich persönliche Vorteile zu verschaffen.

### **Eine Neuorientierung der Landesverteidigung und des Österreichischen Bundesheeres ist notwendig.**

Das Team Stronach tritt für eine sachliche, vernünftige und methodische Herangehensweise ein:

- Zunächst muss die nationale Sicherheitsstrategie durch die zuständigen politischen Gremien neu festgelegt werden.
- Das in der nationalen Sicherheitsstrategie definierte Risikobild und die daraus abzuleitenden „verteidigungspolitischen Aufgaben“ stellen die Grundlage für den Auftrag an das Österreichische Bundesheer dar.
- Der politische Auftrag an das österreichische Bundesheer bestimmt dessen Aufgabenspektrum, aus dem sich wiederum die notwendigen Mannschaftsstärken, sowie die erforderliche Ausrüstung und Bewaffnung ableiten lassen.
- Erst an dieser Stelle können militärpolitische, gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Analysen Auskunft darüber geben, welche Form des militärischen Instruments – Wehrpflicht oder ein reines Berufsheer – für Österreich und seine Bevölkerung am besten geeignet ist.



Wir wollen bestmöglich vorbereitet sein auf folgende potentielle Bedrohungsszenarien:

- internationaler Terrorismus
- Verbreitung von Massenvernichtungswaffen
- grenzüberschreitende organisierte Kriminalität
- Folgen der Finanzkrise
- soziale Konflikte und Extremismus
- Konflikte jenseits unserer Grenzen
- Folgen der Migrationsströme
- Bedrohungen der lebenswichtigen Infrastruktur (Kommunikation, Energie, Verkehr, Güterverteilung)
- Ressourcenknappheit
- Cyber-Angriffe
- Naturkatastrophen und durch den Menschen verursachte Katastrophen

Im Falle jeder Bedrohung muss die Souveränität und Unverletzlichkeit Österreichs unter allen Umständen gewahrt bleiben und die Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft in Krisensituationen außergewöhnlichen Umfangs sichergestellt sein. Das Bundesheer leistet dazu einen entscheidenden Beitrag. Das derzeitige Wehrsystem ist nachhaltig sanierungsbedürftig. Ohne grundlegende Systemänderung wird es aber keine Sanierung geben können. In ihren Grundsätzen stellt sich uns die zukünftige Ausrichtung des Bundesheeres daher folgendermaßen dar:

- Die Marke Österreichisches Bundesheer garantiert hohe Motivation der Soldaten, Professionalität der Leistung und solide Qualität der Ergebnisse.
- Die Miliz ist ein wesentlicher Teil der Streitkräfte. Sie wird dann aufgeboten, wenn die präsenten Kräfte an ihre quantitativen Grenzen stoßen.
- Das Bundesheer stellt sich als Ganzes dar. Es gibt keine organisatorische Zweiteilung in eine Katastrophenhilfsgruppe und eine militärische Interventionstruppe.
- Das Bundesheer braucht eine straffe Führung und eine schlanke, effiziente Verwaltung.
- Das Bundesheer braucht eine angepasste Infrastruktur wie moderne Kasernen und geeignete Übungsplätze sowie eine moderne und wirksame Bewaffnung und Ausrüstung.
- Das Bundesheer ist dem Verfassungsauftrag der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit verpflichtet (Artikel 51a B-VG).

Wir respektieren die Ansicht der großen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, die sich aus verschiedenen Gründen und vor allem ohne über Details oder konkrete Lösungen von den Regierungsparteien informiert worden zu sein, für die Beibehaltung der Wehrpflicht ausgesprochen hat. Daher wollen wir in erster Linie den Wehrdienst reformieren, um unserer Jugend eine sinnvolle Beschäftigung zu geben und gleichzeitig die Landesverteidigung und den Katastrophenschutz bestmöglich zu organisieren.



Unsere Bauern leisten mit ihrer Arbeit im ländlichen Raum einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung und Erhaltung der Kulturlandschaft, zum Schutz vor Naturgefahren und zur Grundlage und Belebung des Tourismus. Wir bekennen uns zum traditionellen Modell der flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft.

Ziel der Bewirtschaftung ist die Erzeugung von hochwertigen und gesunden Lebensmitteln entsprechend dem Bedarf unserer Bevölkerung und die Erhaltung der Kulturlandschaft als Voraussetzung für den Tourismus. Der Erzeugung von Rohstoffen nicht nur für die Futtermittel- und Energieproduktion kommt eine immer größer werdende Bedeutung zu. Aufgrund des Strukturwandels im Agrarbereich sind immer mehr bäuerliche Betriebe in ihrer Existenz bedroht. Dieser Tendenz wollen wir entschieden entgegenreten.

Der Konsument muss die Sicherheit haben, wirklich rein österreichische Produkte mit Ursprung und Verarbeitung in Österreich zu erhalten, sofern diese als solche gekennzeichnet sind.

Wir geben ein klares Bekenntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft in Österreich ab und wollen, dass diese der Hauptnutznießer der Agrar-Ausgleichszahlungen ist. Vor allem bäuerliche Familienbetriebe sind durch steuerliche Maßnahmen zu begünstigen. Lebensfremde bürokratische EU-Zentralplanung, die die große Agrarindustrie fördert, aber kleine Familienbetriebe zunehmend vernachlässigt, darf nicht die österreichische Landwirtschaftspolitik bestimmen!

Die landwirtschaftliche Produktion muss Grundlage für das landwirtschaftliche Einkommen sein. Die seit dem EU-Beitritt überbordende Bürokratie im Bereich der Landwirtschaft ist dringend zu überprüfen und abzubauen! Bäuerliche Landwirtschaft im traditionellen Sinn muss wieder möglich sein. Die „stille Enteignung“ durch

Verordnung von Schutzgebieten auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen muss entschädigt werden.

Wälder, Almen, Wiesen, Weiden, Äcker und auch nicht nutzbare Flächen gehören zur Natur- und Kulturlandschaft Österreichs und stellen einen wertvollen Schatz unseres Landes dar. Die Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass dieser erhalten, gepflegt und auch zum Wohl aller entsprechend genutzt wird.

Wir wollen dafür sorgen, dass dieses sensible Miteinander auch in Zukunft gewährleistet ist und Rechte und Pflichten fair und transparent wahrgenommen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die bäuerliche Landwirtschaft in Österreich Rahmenbedingungen vorfindet, die eine flächendeckende Bewirtschaftung ermöglichen!

Viele Bauern in Österreich verstehen mehr von der Wirtschaft als die meisten Politiker. Ein Bauer muss jeden Tag aufs Wetter schauen, die Marktpreise im Auge behalten und seine tägliche Arbeit erledigen. Was aber am wichtigsten ist: Viele Bauern denken vorausschauender in die Zukunft, als der Durchschnittspolitiker. In der Regel will jeder Bauer seinem Nachfolger mehr übergeben, als er selbst bekommen hat. Die meisten Politiker machen es leider genau umgekehrt.

Deshalb ist es eine Ungerechtigkeit, dass die Bauern in der Öffentlichkeit so dargestellt werden, als wären sie die größten Nutznießer der EU-Subventionen. Das stimmt nicht. In Wahrheit bekommen sie nur einen Bruchteil dessen, was die großen Agrarkonzerne erhalten.

Österreich hat guten Grund stolz zu sein, auf seine Bauern und ihre Erzeugnisse. Auch die Bio-Bauern haben eine beachtliche Erfolgsgeschichte geschrieben. Am Anfang wurde sie zwar von den Vertretern gewisser Interessensverbände und Banken nur milde belächelt, aber diese sanfte Form der Landwirtschaft hat die Essgewohnheiten vieler Menschen verändert.

Bewusste und gesunde Ernährung mit heimischen Lebensmitteln bringt viele Vorteile. Die vielfältigen



Ressourcen der heimischen Landwirtschaft können aber noch besser genutzt werden. Forschungseinrichtungen für biologische und nachhaltige Landwirtschaft sowie Viehzucht müssen stärker ausgebaut werden. Dazu braucht es noch eine gute Ausbildung und Weiterqualifizierung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Es reicht nicht aus, nur theoretisch zu erforschen, wie ein Produkt hergestellt werden kann. Wir wollen eine kleine, hochspezialisierte Agraruniversität errichten, wo Spezialisten mit Bauern zusammenarbeiten, um neue Wege zu entwickeln für die Herstellung der gesündesten und besten Lebensmittel.

Österreich ist auf Menschen angewiesen, die theoretische Kenntnisse in die Praxis umsetzen können. Ohne die Bauern und Mitarbeiter in der Landwirtschaft können neue Erkenntnisse gar nicht nutzbar gemacht werden.

Eine ausreichende Versorgung mit guten und gesunden Nahrungsmitteln aus heimischer Produktion ist gerade mit Blick auf die Zukunft ein Garant für Sicherheit und Frieden. Abhängigkeit von planwirtschaftlich geführten Monokulturen, die lange Transportwege unabdingbar machen, müssen wir auf jeden Fall vermeiden. Diese nur scheinbar einfache Wahrheit darf nicht in Vergessenheit geraten.

Das Absurdeste sind EU-Förderungen. Von den 27 EU Staaten sind nur 8 Nettozahler. Die Nettozahler zahlen das Steuergeld ihrer Bürger in die EU-Kassa in Brüssel ein, und dort, administriert durch diverse Verwaltungsapparate, wird dann an alle EU Länder das Geld wieder ausgeteilt. Das ist ein Umverteilungssystem. Es wird kein zusätzlicher Wohlstand geschaffen, nur zusätzliche Bürokratie.

**Es wäre besser für die Österreicher, das österreichische Geld im eigenen Land zu lassen. Anstatt Umverteilung innerhalb Europas zu betreiben, wo viel Geld im Verwaltungsaufwand selbst versinkt, sollte Österreich lieber seine bäuerlichen Familienbetriebe fördern.**



---

## **25** **LÄNDLICHER RAUM**

---

Der ländliche Raum hat gegenüber dem städtischen in der modernen Wirtschaft wesentliche Standortnachteile. Fehlentwicklungen der Vergangenheit höhlen den ländlichen Raum Schritt für Schritt aus. (Schulen, Polizeidienststellen, Nahversorger...).

Die Wettbewerbsnachteile spiegeln sich aber auch gegenüber den Städten und deren Umlandgemeinden bei Bildungsangeboten, Arbeitsplätzen, kulturellen Einrichtungen, der Freizeitgestaltung, den Dienstleistungs- und Serviceeinrichtungen sowie beim Kaufangebot für die Konsumenten wider.

Während ländliche Regionen am Rande von Städten die Mitgewinner der Urbanisierung sind, beginnen in den Tälern und entlegenen Gebieten Strukturen so weit zusammenzubrechen, dass es zu einer tatsächlichen Entsiedelung kommt. Wir streben deshalb einen gerechten Finanzausgleich an, der ländliche Regionen stärkt. Die Infrastruktur im ländlichen Raum muss auch in Zukunft erhalten bleiben, damit auch die Erhaltung, Pflege und Nutzung der Kulturlandschaft gewährleistet bleibt. Wir setzen uns für die Erhaltung und Stärkung des ländlichen Raumes ein, damit er auch in Zukunft als Siedlungsraum für alle Generationen dient!

Einen weiteren Aspekt sollte man nicht außer Acht lassen: Momentan wandern viele Menschen noch in den städtischen Bereich ab. Aber bei zahlreichen Familien aus den Städten hat schon ein Umdenken eingesetzt. Der ländliche Raum hat Zukunft, denn das Leben am Land bietet, gerade was die Lebensqualität und das Miteinander angeht, zahlreiche Vorteile.

Der ländliche Raum bewahrt und schafft Werte. Eine gute Infrastruktur ist deshalb unbedingt notwendig. Schließlich wollen wir keine leeren Landstriche, sondern ein lebendiges Land.

Eine kluge gemeinsame Nutzung von Kommunikations- und Transportmitteln kann beides schaffen: Arbeitsplätze und leistbares Wohnen inmitten der Natur. Der ländliche Raum kann so ein attraktiver Wirtschaftsstandort sein.

**Das Team Stronach will den ländlichen Raum stärken  
- denn dort liegen unsere Wurzeln!**



**26**

## **VERKEHR UND INFRASTRUKTUR**

Österreich liegt im Herzen Europas, ist flächenmäßig ein relativ kleiner Staat, der mit unzähligen schönen Natur- und Kulturlandschaften, sowie mit reizvollen Dörfern und schönen Städten gesegnet ist. Daher ist bei allen Verkehrsmaßnahmen sowohl auf ökologische Erfordernisse als auch auf eine angemessene Gestaltung von nötigen Eingriffen grundsätzlich besonders Bedacht zu nehmen. Als hoch entwickelter Staat mit bedeutender Exportwirtschaft ist Österreich auf ein zeitgemäßes und attraktives Angebot an Verkehrswegen aller Art angewiesen.

Ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr ist ein wichtiger Aspekt einer funktionierenden Volkswirtschaft. Öffentlicher Verkehr muss attraktiv und leicht zugänglich sein. Staatliche und kommunale Verkehrsunternehmen müssen sich zukünftig dem fairen und kostentransparenten Wettbewerb mit Privaten stellen, Monopole in diesem Bereich verhindern eine wirtschaftliche Entwicklung. Staatliche und kommunale Verkehrsbetriebe dürfen nicht mehr Versorgungsunternehmen für Parteigänger sein und dürfen nur von politisch unabhängigen Experten geführt werden.

Die parteipolitische Besetzung der Infrastrukturbetriebe muss abgeschafft werden. Die meisten Politiker denken nur politisch und nicht wirtschaftlich. Insbesondere für Flughäfen, die Eisenbahn und die Post muss eine Lösung gefunden werden, um das beste – und vor allem politisch unabhängige – Management zu finden und einzusetzen. Es handelt sich um Allgemeingüter, die dem Steuerzahler gehören sollten. Diese Betriebe sollten ähnlich einer börsennotierten Aktiengesellschaft geführt werden, wo die Aktionäre das Management bestellen und entlassen können.

Das Team Stronach fordert das Ende von Parteibuchbesetzungen für Allgemeingüter der Infrastruktur. Die Politik muss bei Personalbesetzungen draußen bleiben. Im Bereich des schienengebundenen Personenverkehrs soll es schrittweise zum Ausschreibungswettbewerb für die Bedienung der Strecken kommen, um einen wirtschaftlichen und einheitlichen Schienenpersonenverkehr zu gewährleisten. Ergänzend ist die Einführung einer leistbaren Österreichcard (nach dem Vorbild des schweizerischen Generalabo) für alle öffentlichen Verkehrsmittel ein wesentliches Instrument für die Stärkung des öffentlichen Verkehrs.

Internationale Verträge sollen auch dafür sorgen, dass die Transitbelastung unserer Verkehrswege ökonomisch und ökologisch vertretbar ist. Der Wettbewerb der Verkehrsträger soll nach marktwirtschaftlichen Prinzipien erfolgen. Steuereinnahmen, die von Verkehrsteilnehmern eingehoben werden, sollen ausschließlich dem Verkehr zur Verfügung stehen. Sie dienen zur Errichtung und Erhaltung oder zum Ausbau von Verkehrswegen und zugehörigen Einrichtungen. Eine Umverteilung von Steuereinnahmen für andere, verkehrsfremde Zwecke ist auszuschließen. Die Raumordnung hat dafür Sorge zu tragen, dass es im Sinne der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit zu keiner Verschwendung von Steuermitteln im Verkehrswesen und für infrastrukturelle Maßnahmen kommt.

Menschen mit eingeschränkter Mobilität sind Teil unserer Gesellschaft. Der diskriminierungsfreie Umgang mit Menschen mit Behinderung zumindest in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ist für uns selbstverständlich. Die Aufnahme eines Rückbauzwanges nach Verurteilung bei Verstößen gegen das Behindertengleichstellungsgesetz ist erforderlich und international längst üblich.



Das sinnvolle Nebeneinander von Individualverkehr und öffentlichem Verkehr ist wichtig für die Entwicklung des Staates. Infrastruktur ist Sache des Staates: Die Politik gibt den langfristigen Rahmenplan für die Entwicklung der Infrastruktur vor. Entscheidungen über den Verkehrswegebau sind aber die Sache von Experten und nicht von Politikern und müssen langfristig und unabhängig von Tagespolitik sein. Alle Infrastruktur Entscheidungen müssen zentral von einer schlanken und schlagkräftigen sowie politikfreien Experten-Organisation verwaltet werden.

Dem immer wieder auftretende Missmanagement bei staatlichen Infrastrukturprojekten muss ein Riegel vorgeschoben werden (Kostenüberschreitung: Inntal +150 Prozent, Hauptbahnhof Wien +100 Prozent, Skylink +120 Prozent) indem die Verantwortlichen auch Verantwortung tragen.

**Das Team Stronach hat die Vision der Schaffung eines nachhaltigen Verkehrssystems, das die Interessen der Menschen, der Umwelt und der Wirtschaft berücksichtigt.**



27

## MEDIEN

Die Medien haben eine sehr wichtige Rolle in einer Demokratie. Ihre Hauptaufgabe ist, die Menschen unabhängig und korrekt zu informieren und auch öffentlich Kritik an Missständen zu üben. Sie haben eine wichtige Kontrollfunktion in einer Demokratie. Sie müssen frei berichten können.

Medien haben es in der Hand, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ein Federstrich kann vernichtender sein, als ein geladener Revolver. Wir fordern daher strengere Strafen, wenn falsche Informationen als Tatsachen dargestellt werden. Eine Richtigstellung im Nachhinein ist nicht genug, dann ist der Schaden in der Öffentlichkeit bereits angerichtet.

Medien sollen objektiv berichten und gleichzeitig ein Sprachrohr für jene sein, deren Stimme sonst nicht gehört werden würde.

Monopole und Kartelle sind sehr schlecht für die Gesellschaft. Sie unterdrücken den freien Fluss der Ideen und hemmen die Entfaltung des Einzelnen. Die staatliche Medienförderung liegt aber in der Hand einiger weniger Menschen. Das ist eine intransparente Vorgehensweise, die wir ändern wollen. Medien sollen auch die Stimme vieler Menschen sein, nicht nur die einiger Weniger.

## ORF

Der ORF ist nicht effizient geführt, kostet den Steuerzahler Unmengen an Steuergeld und bringt wenig Qualitätssendungen. Jeder Österreicher, der einen Fernseher besitzt, muss, egal ob er ORF-Programme konsumiert oder nicht, je nachdem in welchem Bundesland er wohnt, ungefähr 350 Euro jährlich an Zwangsgebühren bezahlen. Hinzu kommt die Budgetbelastung durch den gewaltigen ORF Schuldenberg und den laufenden operativen Verlust. Wir sind gegen Zwangsgebühren!

Österreichs Medienlandschaft ist gezeichnet von der späten Liberalisierung des Rundfunkbereichs und einem hohen Konzentrationsgrad bei Printmedien. Dies hatte zur Folge, dass sich die österreichische Medienpolitik zumeist in ORF-Personalpolitik erschöpfte. Die etablierten Parteien pflegen seit Jahrzehnten den Machterhalt, indem sie die Kontrolle über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für sich beanspruchen.

Sämtliche Versuche, den ORF nachhaltig aus den Klauen der Parteisekretariate zu Befreien, sind gescheitert. Auch die Reform aus dem Jahre 2001, bei der aktive Politiker aus den Aufsichtsgremien des ORF ausscheiden mussten, hat dazu geführt, dass nun Mittelsmänner der Parteien die Aufträge erledigen. Das ORF-Aufsichtsgremium Stiftungsrat ist mit 35 Personen (9 Bundesregierung, 9 Länder, 6 politische Parteien, 6 Publikumsrat, 5 Betriebsrat) für die Kontrolle der Geschäftsführung zu groß und hat oftmals in wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht ausreichend Sachverstand. Der ORF-Publikumsrat, der eigentlich die Interessen der Hörer und Seher vertreten sollte, hat faktisch keine Befugnisse. Die Wahl dafür per Fax ist umständlich und zu teuer.



Die Finanzierung des ORF ist eine Mischform aus ungefähr 600 Mio Euro an Zwangsgebühren (egal ob die ORF Programme gesehen werden, oder nicht), ungefähr 200 Mio Euro an Werbung und ungefähr 150 Mio Euro an sonstigen Erlösen aus Beteiligungen und Einnahmen aus „Product placement“. Neben dem ORF-Programmgeld, werden weitere Gebühren eingenommen, die die österreichischen Rundfunkgebühren im europäischen Spitzenfeld rangieren lassen. In diesem Zusammenhang ist die Landesabgabe auf Rundfunkgebühren zu nennen, die von allen Bundesländern – mit Ausnahme von Vorarlberg und Oberösterreich – eingehoben wird, und mit der höchst unterschiedliche und rundfunkfremde Aufgaben finanziert werden.

Wir sind für eine klare Definition der heutigen Anforderungen an einen öffentlich-rechtlichen Sender.

Wir sind der Ansicht, dass es in einer gut funktionierenden Demokratie besonders wichtig ist, dass die Bürger Übertragungen aus dem Nationalrat, Bundesrat und den

Landtagen sowie aus diversen Ausschüssen sehen können. Nur so können sich die Bürger ein Bild machen und die Kontrollfunktion durch die Öffentlichkeit kann gewahrt sein.

Diese Aufgabe kann aber auch von privaten Anbietern übernommen werden, es müssen einfach die Kosten dieser Übertragungen ermittelt und private Angebote eingeholt werden.

Wir sprechen uns für die Abschaffung der Zwangsgebühren aus und stellen eine gewisse Summe an Steuergeld der Erhaltung der österreichischen Kultur gerne via dem besten privaten Anbieter zur Verfügung. Hier sollten die österreichischen Bürger miteinbezogen werden, wie viel Geld ihnen die österreichische Filmförderung und die Darstellung der heimischen Kultur im Fernsehen wert ist.



---

**28**

## **MANAGEMENT VON „ALLGEMEINGÜTERN“**

---

Wie bei allen wichtigen Infrastrukturbetrieben Österreichs ist der Schlüssel für gutes und nachhaltiges Wirtschaften die Abschaffung der parteipolitischen Postenbesetzung.

Bei Beteiligungen des Staates an Allgemeingütern – also der Eisenbahn, internationale Flughäfen, Straßen, Wasser- und Elektrizitätsnetz, sollen die österreichischen Steuerzahler die Aktionäre sein, und daher auch den Aufsichtsrat bestimmen, wie es bei einem börsennotierten Unternehmen üblich ist. Wir sind für die Umwandlung der Staatsgesellschaften, bzw. jenen Anteilen, die im Eigentum des Staates sind, in Bürgergesellschaften, wo jeder Nettosteuerzahler Bürgeraktien erhält. Niemand darf mehr als ein Zehntel Prozent der Anteile besitzen. Jedes Jahr werden an jeden Nettosteuerzahler, der österreichischer Staatsbürger ist, im Verhältnis der Höhe der Nettosteuerleistung Anteile ausgegeben. Anteile können nicht vererbt werden, da es keine Machtkonzentration geben darf. Die Anteile eines Verstorbenen werden zu Marktpreisen verkauft und in bar an die Erben ausbezahlt.

Die Bürger wählen den Aufsichtsrat und dieser bestellt das Management, der parteipolitische Besetzung nach Proporz muss durch den Einsatz der besten Köpfe

abgelöst werden. Nur so können die ewigen Verluste, die immer die Steuern erhöhen, endlich aufhören! Die Bürger haben ein Recht darauf, dass ihr Steuergeld gut verwaltet wird und nicht kontinuierlich in ein Fass ohne Boden geschüttet wird.

Zusätzlich muss es gesetzliche Rahmenbedingungen ähnlich einer Schuldenbremse geben, die es dem Management keinesfalls erlaubt, das Unternehmen über einen gewissen Grad hinaus zu verschulden, ohne dass sich die jeweilige Investition innerhalb von einer gewissen Zeit rentiert. Einzige Ausnahme: Nachhaltige Infrastrukturprojekte, für die es einen genauen Geschäfts- und Finanzierungsplan gibt, und, die eine sinnvolle volkswirtschaftliche Gesamtlösung darstellen, dürfen über Schulden finanziert werden.

Das Wasser ist ein ganz besonders wichtiges Thema für Österreich und wird in der Zukunft als lebensnotwendige Ressource noch eine viel größere Bedeutung erlangen. Wir sind für ein Wassergesetz im Verfassungsrang: Die Versorgung der Bevölkerung mit gesundem Trinkwasser muss gesichert sein.



---

**DIESES PROGRAMM IST ALS  
GRUNDSATZDOKUMENT ZU  
BETRACHTEN UND ENTHÄLT  
UNSERE VORSCHLÄGE FÜR EINEN  
GUTEN WEG FÜR ÖSTERREICH:  
WIR SIND OFFEN FÜR SACHLICHE  
ANALYSEN UND KONSTRUKTIVE  
VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE.**

**DAS TEAM STRONACH  
MACHT POLITIK MIT HERZ  
UND HAUSVERSTAND!**

---

Impressum

Team Stronach für Österreich  
Reichsratsstraße 3, 1010 Wien

**[www.teamstronach.at](http://www.teamstronach.at)**

Da wir das Einfache dem Komplizierten immer vorziehen, verwenden wir Begriffe wie Bürger, Österreicher, Arbeitnehmer etc. in der geläufigen Form, meinen damit aber selbstverständlich immer Menschen beiderlei Geschlechts.

Stand April 2013